

VOLKER NEUMANN

Volkswille

Mohr Siebeck

Volker Neumann

Volkswille



Volker Neumann

Volkswille

Das demokratische Prinzip
in der Staatsrechtslehre
vom Vormärz bis heute

Mohr Siebeck

Volker Neumann war bis zum Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2012 Professor für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Staatstheorie, zuletzt an der Humboldt-Universität zu Berlin.

ISBN 978-3-16-159658-2 / eISBN 978-3-16-159659-9

DOI 10.1628/978-3-16-159659-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

„Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Gespenst ist nicht mehr – wie Marx und Engels meinten – der Kommunismus, gegen den sich damals „alle Mächte des alten Europas“ verbunden hatten, sondern – wie ein vor Kurzem verstorbener deutscher Politiker von liberalem Urgestein meinte – „das Volk“. Die aktuelle Streitbefangenheit des Themas „Demokratie in Europa“ war allerdings nicht das ursprüngliche Motiv für die Arbeit am vorliegenden Buch. Dafür gab es zwei andere Motive. Das erste war die Suche nach einer Erklärung, warum die Aussagen der deutschen Staatsrechtslehre zum demokratischen Prinzip lange Zeit eher selten und wenig gehaltvoll waren. Das zweite Motiv entstand in einem meiner wissenschaftlichen Fachgebiete, dem Sozialrecht, in dem seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre über die demokratische Legitimation des untergesetzlichen Sozialrechts gestritten wird. Bald zeigte sich, dass in allen Facetten des Themas immer eine Frage relevant ist, ob nämlich der Volkswille, auf den alle ausgeübte Staatsgewalt zurückführbar sein muss, der wirkliche, d. h. empirische Wille des Volkes oder eine fiktive Größe, also ein hypothetischer oder wahrer Wille ist.

Als das BVerfG am 5. Mai 2020 sein epochales EZB-Urteil (2 BvR 859/15) verkündete, befand sich das Typoskript des Buches bereits beim Verlag. Deshalb und weil die Ausführungen zum demokratischen Prinzip im Wesentlichen nur die ältere Verfassungsrechtsprechung zusammenfassen, konnte ich auf eine Einarbeitung der Urteilsgründe verzichten. Lediglich den Satz „Wer die Lippen spitzt, sollte auch mal pfeifen“ im Kapitel „Demokratie in der Europäischen Union“ hätte ich streichen können. Ich habe ihn stehen lassen, um deutlich zu machen, dass die Karlsruher Richter jetzt doch gepfiffen haben – und wie!

Wichtige Vorarbeiten zu diesem Buch waren Vorlesungen und Seminare, die ich erst an der Juristenfakultät in Rostock und ab 2003 an der Humboldt-Universität zu Berlin im Schwerpunktbereich „Zeitgeschichte des Rechts“ angeboten hatte. Den kritischen Beiträgen und Rückfragen der teilnehmenden Studentinnen und Studenten verdanke ich zahlreiche Anregungen und Hinweise. Zu danken habe ich auch meinem Freund Bernhard Schlink, mit dem ich im Sommersemester 2017 ein Seminar zu dem Thema „Demokratie im Staatsrecht. Vom Frühkonstitutionalismus bis zum Nationalsozialismus“ konzipiert und durchgeführt hatte.

Vor allem die historischen Bezüge des Buches standen nicht im Zentrum meiner Lehrverpflichtung, so dass ich die Lektüre einschlägiger Werke oft in den Urlaub verlegen musste, den ich regelmäßig mit meiner Frau in südlichen Gefilden verbrachte. Und so erinnern mich heute noch manche Thesen und Themen-

blöcke an glückliche gemeinsame Tage. Ich widme das Buch dem Andenken meiner Frau Inge Neumann (1949–2014).

Heidelberg, Mai 2020

Volker Neumann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XVII
A. Einführung	1
I. Gegenstand der Untersuchung	1
II. Fragen und Ziele	3
III. Methodische Vorüberlegung	5
IV. Gang der Untersuchung	6
B. Die Schweiz: Von der Landsgemeinde zur „halbdirekten Demokratie“	9
I. Vorbemerkung	9
II. Entstehung der direkten Demokratie: Kontinuität oder Bruch?	10
III. Direkte Demokratie und/oder Repräsentativsystem	14
IV. Institutionen und Verfahren der schweizerischen Demokratie	17
1. Direkte Demokratie	17
2. Elemente des Repräsentativsystems	19
3. Parteienstaat?	20
V. Voraussetzungen und Schranken der Demokratie	21
1. Öffentlichkeit als „regulatives Prinzip“	21
2. Freiheitsrechte	22
3. Homogenität	23
4. Rechtsstaat und Grundrechte als Schranken der Demokratie? ...	24
VI. Aktuelle Problemlagen	25
1. Konkordanzdemokratie?	25
2. Der Souverän und seine Repräsentanten	27
3. Ausländerstimmrecht und Minderheitenrechte	30
4. „Interessiertes Geld“ und Transparenz	32
VII. Zusammenfassung	33

C. Der Deutsche Bund: Konstitutionelle Monarchie – was sonst?	35
I. Vorbemerkung	35
II. Volkssouveränität	37
1. Ideengeschichtliche Grundlinien: J.-J. Rousseau	37
2. Ohne Volkssouveränität kein Staat (J. Fröbel)	41
3. Volkssouveränität ist nicht Demokratie (Volksherrschaft)	45
a) Gesamtwille, nicht höchste Regierungsgewalt (J. Ch. v. Aretin)	45
b) Gemeinsame Souveränität von Volk und Regierung (C. v. Rotteck, C. Welcker)	46
c) Der Monarch als Repräsentant des unsichtbaren Volkswillens (F. Murhard)	48
4. Volkssouveränität – ein unstimmiges und undurchführbares Prinzip (F. J. Stahl)	50
5. Staat als Ordnung der Natur und Gottes (C. L. v. Haller)	52
III. Demokratisches oder monarchisches Prinzip	53
1. Begriffs- und ideengeschichtliche Grundlinien	53
2. Demokratiebegriffe im „Staatslexikon“	56
a) Demokratie ist Volksherrschaft (W. Schulz)	56
b) Demokratie ist nicht Volksherrschaft, sondern Rechtsgleichheit (C. v. Rotteck)	57
c) Die Abdrängung der Demokratie ins Private (K. F. Biedermann)	61
3. Monarchisches oder parlamentarisches Prinzip (F. J. Stahl)	61
4. Konstitutionelles System ohne demokratische Elemente (R. v. Mohl)	65
a) Überwindung des Dualismus durch die parlamentarische Regierungsweise	65
b) Organische Zusammensetzung der Volksvertretung	66
IV. Repräsentation	68
1. Begriffs- und ideengeschichtliche Grundlinien	68
a) Bedeutungen und Strukturen	68
b) Theologische Ursprünge	69
c) Nichtrepräsentierbarkeit der <i>volonté générale</i> (J.-J. Rousseau)	71
d) Vorzüge der repräsentativen Volksherrschaft (E. J. Sieyès)	72
e) Allgemeinrepräsentation, nicht Teilrepräsentation	74
f) E. Burke und die „Virtual Representation“	75
g) The Federalist Papers	77
2. Landständische oder repräsentative Verfassung	80
3. Wer repräsentiert wen oder was?	84
a) Der Monarch als Repräsentant des Nutzens des Volkes (F. B. v. Seckendorff)	84
b) Repräsentation durch Volksvertretungen	86
aa) Dynamische statt mathematischer Repräsentation? (W. T. Krug)	86

bb) Repräsentation der Volksintelligenz (L. H. v. Almqvist)	87
cc) Repräsentation im konstitutionellen System (C. v. Rotteck)	88
dd) „Repräsentation oder Vertretung“ (R. v. Mohl)	90
ee) Repräsentation der Idee des Volkes (F. J. Stahl)	92
c) Repräsentativdemokratie – ein viereckiger Kreis (J. Fröbel)	93
V. Zusammenfassung	96
D. Das Kaiserreich: Volkssouveränität und Demokratie – Fehlanzeigen	101
I. Vorbemerkung	101
1. Wissenschaftsgeschichtliche Wende	101
2. Volkssouveränität: Vom Staatsrecht in die Allgemeine Staatslehre	102
3. Monarchisches oder demokratisches Prinzip	103
4. Repräsentation wessen durch wen?	105
II. Volkssouveränität	106
1. Staatsabsolutismus, Kommunismus, atomistischer Individualismus (P. Laband)	106
2. Selbstverwaltung statt Volkssouveränität (H. Preuß)	108
a) Rezeption der organischen Theorie O. Gierkes	108
b) „Organisation von unten nach oben“	110
III. Monarchisches Prinzip und Volksvertretung (P. Laband)	111
IV. Repräsentation	113
1. Repräsentation der Einheit des Volkes	113
2. Repräsentation als juristisches Konstruktionselement: Primäre und sekundäre Staatsorgane (G. Jellinek)	116
3. Der Monarch als Repräsentant des Staates (K. Rieker)	119
V. Zusammenfassung	121
E. Glanz und Elend der Weimarer Demokratie	123
I. Vorbemerkung	123
II. Verschwisterung von Demokratie und Nation	127
III. Was ist Demokratie?	129
1. Freiheit oder Gleichheit?	129
2. Die Idee der Freiheit als Bestimmungsgrund der Demokratie (H. Kelsen)	131
a) Bedeutungswandel der Freiheit	131
b) „Mehrheit entscheidet“	132
c) Wertrelativismus und Demokratie	133
3. Einmütigkeit, Irrtum, Diktatur (C. Schmitt)	135

4.	Voraussetzungen von Demokratie	137
a)	Freiheitsrechte	137
b)	Homogenität	139
IV.	Was ist Repräsentation?	144
1.	Repräsentativ = mittelbar bzw. indirekt	144
2.	Volkswillen und Volksgeist (E. Kaufmann)	145
3.	Repräsentation bei G. Leibholz und C. Schmitt	146
a)	Werkgeschichtliche und biographische Vorbemerkung	146
b)	Phänomenologische und theologisierende Betrachtungen	148
c)	Begriffselemente von Repräsentation	150
d)	Kritik	151
e)	Leistungsfähigkeit des idealistischen Repräsentationsbegriffs	153
f)	Zwei politische Formprinzipien: Repräsentation und Identität	154
4.	Repräsentation – eine handgreifliche Unwahrheit (H. Kelsen)	156
5.	Bindung der Repräsentanten an den Willen des Volkes (H. Heller)	158
6.	Repräsentation der öffentlichen Meinung (H. Preuß)	159
V.	Parlament und Parteien	160
1.	Parlamentarismus – demokratisch defizitär, aber reformierbar	160
2.	Parlamentarismus- und Parteienphobien	162
a)	Krise des Parlamentarismus (G. Jellinek)	162
b)	„Literarischer Schein der Dinge“ (C. Schmitt)	163
c)	„Entartung des staatlichen Körpers“ (H. Triepel)	165
d)	„Diktatur des Parteiführers“ (O. Koellreutter)	166
3.	Unentrinnbarkeit des massendemokratischen Parteienstaats (G. Leibholz)	167
4.	Der „Fall Reich“: Repräsentation ohne freies Mandat?	169
VI.	Parteiverbote	171
1.	Wehrlose Demokratie?	171
2.	Legalität und Legitimität	173
3.	Ziele oder Mittel?	174
a)	Gesetzmäßige Mittel der Machterringung (O. Kirchheimer)	174
b)	„Verfassungswidrige Ziele“ oder „Neutralität bis zum Selbstmord“ (C. Schmitt)	175
c)	Formale oder inhaltliche Legalität (J. Kendziora)	177
VII.	Wahlen und Abstimmungen	178
1.	Vorbemerkung	178
2.	Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht?	179
a)	„Miroir de la Nation“ oder „nivellierende Kopfzahldemokratie“	179
b)	Minderheitenschutz durch parlamentarischen Kompromiss	181
c)	„Wunderkraft eines Rechenexempels“	182
d)	Wahlrecht des massendemokratischen Parteienstaats	182

3. Das „demokratische Urphänomen“ Akklamation	183
4. Direktdemokratische Elemente der Reichsverfassung	186
a) Entstehungsgeschichte, Systematik, Praxis	186
b) Parlamentarische und plebiszitäre Gesetzgebung	191
c) Finanzwirksame Volksentscheide	194
d) Plebiszitäre Legitimation des Reichspräsidenten	196
e) „Schlechte Erfahrungen von Weimar“	198
VIII. Zusammenfassung	201
F. Der nationalsozialistische Führerstaat – „eine veredelte Art der Demokratie“	207
I. Vorbemerkung	207
II. Demokratische Machterringung?	208
III. Wahlen und Abstimmungen	209
1. Daten und Fakten	209
2. Das „Gesetz über Volksabstimmungen“	211
a) Entstehungsgeschichte	211
b) Vergleich mit der Weimarer Verfassung	211
3. Auf dem Weg zum plebiszitären Führerstaat?	213
4. Entformalisierungen	214
IV. „Führer und Volk als Grundlagen deutscher Demokratie“	215
1. Wirklicher und wahrer Volkswille	215
2. Realpräsenz des Volkes im Führer	216
3. Wandel der Volksabstimmung	217
V. War der nationalsozialistische Führerstaat eine Demokratie?	218
VI. Zusammenfassung	221
G. Das Bonner Grundgesetz – ein wehrhaftes Repräsentativsystem	223
I. Vorbemerkungen	223
1. Verfassungsnormen zum demokratischen Prinzip	223
2. Beitrag der Staatsrechtslehre zur Entstehung des Grundgesetzes	224
3. Staatsrechtslehre und Bundesverfassungsgericht	227
4. Gang der Untersuchung	228
II. Von der bedingungslosen Kapitulation zum Grundgesetz	230
1. Wiederaufbau staatlicher Strukturen „von unten nach oben“	230
2. Parlamentarische Demokratie – was sonst!	231
3. Demokratie ohne Volksabstimmung?	234
a) „Erfahrungen/Lehren von Weimar“ oder „Quarantäne“	234
b) Das Grundgesetz – eine demokratisch legitimierte Verfassung?	240

c)	Die „beste Verfassung der Welt“ – ein Provisorium?	241
d)	Art. 146 n. F. GG – zu entschärfendes „Destabilisierungspotential“?	244
4.	„Wahlen und Abstimmungen“	246
a)	„Wahlen“	246
aa)	Ausschuss für Wahlrechtsfragen	246
bb)	Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht	247
cc)	Personalisierte Verhältniswahl	251
dd)	Wahlgleichheit und Wahlsystem	252
ee)	Überhangmandate und Wahlgleichheit	256
ff)	Sperrklausel	259
b)	„Abstimmungen“	261
aa)	„Kein Monopol für die repräsentative Demokratie“	261
bb)	Direktdemokratische Elemente nur nach Verfassungsänderung?	263
c)	Mutation von Wahlen zu Abstimmungen?	266
III.	Parteienstaatliche, repräsentative oder direkte Demokratie	268
1.	Parteien: Begriff, Rechtsstatus, Aufgaben, innere Ordnung, Finanzierung	268
a)	Entstehungsgeschichte von Art. 21 Abs. 1 GG	268
b)	Parteibegriff und Gründungsfreiheit	269
c)	„Zwischen Bürger und Staatsorganen“	270
d)	Parteien als Verfassungsorgane?	272
e)	Innere Ordnung nach demokratischen Grundsätzen	275
f)	Öffentliche Rechenschaft	277
g)	Parteienfinanzierung	278
2.	Freies und imperatives Mandat	281
a)	Dogmatische und verfassungsgeschichtliche Grundlinien	281
b)	Entstehungsgeschichte von Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG	284
c)	Spannungsverhältnis zwischen Art. 21 und Art. 38 Abs. 1 GG	285
3.	Plebiszit oder Repräsentation	290
a)	Ein einsamer Rufer in der Wüste	290
b)	Eine Eloge auf das Repräsentativsystem	291
IV.	Wehrhafte/streitbare Demokratie	294
1.	Dämme gegen Missbrauch demokratischer Rechte und Verfahren	294
2.	Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG	296
a)	Entstehungsgeschichte	296
b)	Garantierter Grundsatz „Demokratie“	299
c)	Wer ist das Volk?	299
d)	„Herrschaft der Toten über die Lebenden“	302
3.	Parteiverbot des Art. 21 Abs. 2 GG	303
a)	Entstehungsgeschichte	303
b)	Dogmatische Konturierung des Parteiverbots	305
aa)	Beiträge der Staatsrechtslehre	305

bb) Verbot der SRP	309
cc) Verbot der KPD	311
dd) V-Leute im Parteivorstand der NPD	313
ee) Dogmatischer Neuanfang?	314
c) Keine Staatsknete für die NPD	319
4. „Ein neuer Typ der Demokratie“	321
V. Elemente, Voraussetzungen und Reichweite von Demokratie	327
1. Mehrheitsregel	327
2. Minderheit und Opposition	329
3. Herrschaft auf Zeit	331
4. Kommunikationsfreiheiten	333
5. Ein in der Menschenwürde wurzelndes „Recht auf Demokratie“	337
6. Homogenität	338
7. Bildung	341
8. Soziale Demokratie	343
VI. Der Weg zur Legitimationsdogmatik	345
1. „Partizipation – letzte Chance der Demokratie“	345
2. Staatsrechtliche Kritik der Partizipationsdemokratie	347
a) Repräsentative Demokratie „als eigentliche Form der Demokratie“	347
b) Kritik der direkten Demokratie	348
c) Repräsentation von Ideen und Responsiveness	350
3. Legitimationsdogmatik	352
a) „Herrschaft für das Volk“	352
b) „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“	353
aa) Staatsgewalt	353
bb) Volk	354
cc) „Ausgehen“	355
c) Demokratische Legitimation der funktionalen Selbstverwaltung	357
aa) Ausfall der personell-demokratischen Legitimation	357
bb) Korrekturen und Abhilfen der Legitimationsdefizite	358
d) Selbstverwaltung – ein Realisationsmodus von Demokratie! ..	359
e) Regelanforderungen an eine mitgliedschaftliche demokratische Legitimation	362
aa) Repräsentanz aller irgendwie Betroffenen?	362
bb) Interessenhomogenität?	363
cc) Angemessene Repräsentanz der betroffenen Interessen ...	364
dd) Friedenswahlen	365
f) Demokratische Legitimation durch effektive Durchsetzung des Volkswillens	366
aa) Zwei Organisations- und Legitimationsformen von Selbstverwaltung	366
bb) Neutralisierung und Integration von Interessen	367

4.	Neujustierungen	369
a)	Parlamentarische Kontrolle statt individueller Einsetzungsakte	369
b)	Wesentlichkeitstheorie und vorbehaltsrechtliches Bestimmtheitsgebot	370
VII.	Reparaturversuche und Reformvorschläge	372
1.	„Desintegration durch Demagogen“ (1976)	372
2.	Keine „Bürgerbeteiligung/Plebiszite“ im wiedervereinigten Deutschland (1990–1993)	373
3.	Ausbau der Volksgesetzgebung in den Bundesländern	374
4.	„Das ist Populismus“ (2002)	375
5.	Reformvorschläge aus der Staatsrechtswissenschaft	376
VIII.	Zusammenfassung	378
H.	Demokratie in der Europäischen Union	387
I.	Vorbemerkung	387
II.	Von der monistischen zur dualen demokratischen Legitimation	388
III.	Unionsrechtliche Demokratiebegriffe	390
1.	Primärrechtlicher Normenbestand	390
2.	„Nichtübertragungsgrundsatz“	391
3.	Input und Output	392
4.	Gemeineuropäischer Kern von Demokratie	393
IV.	Demokratiedefizite der EU	394
1.	Defizite des EP	394
2.	Öffentlicher Diskurs und Identität	396
3.	Demokratie ohne Demos?	397
4.	Konstitutionalisierung als „eigentliches Demokratieproblem der EU“	399
V.	Abhilfen und Rechtfertigungen durch Abwägung und Kompensation	400
1.	Vollparlamentarisierung	400
2.	Sitzkontingente und Staatengleichheit	401
3.	Ewiger Kampf zweier Seelen in einer Brust	402
4.	Rechtfertigung durch Output	403
a)	Rechtfertigungsfähigkeit von Output-Überlegungen	403
b)	Wohlstand und Effektivität	404
c)	Expertokratie	405
d)	Governance	406
e)	Menschenrechte	407
f)	Individuelle Selbstbestimmung	408
g)	Demokratischer Input und rechtsstaatlicher Output	409
5.	Einführung direktdemokratischer Verfahren	410
6.	Zwei komplementäre demokratische Legitimationsstränge	412

VI. Verbot einer „schleichenden Verstaatlichung der EU“	415
VII. Zusammenfassung	418
I. Schluss und Ausblick	421
I. Deutsche Besonderheiten?	421
1. Demokratie – ein „Schmerzkind“ der Staatsrechtslehre?	421
2. Idiosynkrasien?	422
3. Sehnsucht nach „massiver Umzäunung“	424
II. Begriffe, Elemente, Voraussetzungen und Formen von Demokratie	427
1. Wahlrechtsgleichheit und kollektive Freiheit	427
2. Minderheit und Mehrheit	428
3. Direkte und indirekte Demokratie	429
4. Repräsentation	430
a) Wahrer, nicht wirklicher Volkswille	430
b) Repräsentative Demokratie – ein Oxymoron	431
5. Volkssouveränität und genossenschaftlicher Demokratiebegriff ...	432
III. Drei Grundregeln	435
1. Demokratie – eine Entscheidungsmethode, kein Wunschzettel ..	435
2. Demokratie ist Formenstrenge	437
3. Gemischte Demokratie statt Repräsentativsystem	439
Literaturverzeichnis	445
Sachregister	475
Personenregister	485

Abkürzungen

ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
AEVU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AK-GG, 2. Aufl. 1989	s. Literaturverzeichnis unter: Azzola u. a., Kommentar
AK-GG	s. Literaturverzeichnis unter: Denninger u. a. (Hrsg.), Kommentar
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BayBS	Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BKGG	s. Literaturverzeichnis unter: Friauf/Höfling (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz
BldPh	Blätter für deutsche Philosophie
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSSaar	Sammlung des bereinigten saarländischen Landesrechts
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-soziale Union in Bayern
DBA	Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EP	Europaparlament
ER	Europäischer Rat
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EZB	Europäische Zentralbank
FS	Festschrift
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
GG	Grundgesetz
GLJ	German Law Journal (Zeitschrift)
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
HbDStR	Anschütz/Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts I und II
Jb. f.	Jahrbuch für
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti, sowjetischer In- und Auslandsgeheimdienst 1954–1991
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KritJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LeGes	Gesetzgebung & Evaluation (schweizerische Zeitschrift)
MEW	Marx-Engels-Werke, Berlin/DDR
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
PR I ...	Parlamentarischer Rat Bd. 1 ... (s. in Literaturverzeichnis unter Deutscher Bundestag/Bundesarchiv [Hrsg.]
RFJ	Revue fribourgeoise de jurisprudence (schweizerische Zeitschrift)
RsDE	Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (Zeitschrift)
RuP	Recht und Politik (Zeitschrift)
RVL	Reich-Volksordnung-Lebensraum (Zeitschrift 1941–1943)
RW	Rechtswissenschaft. Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
SaBremR	Sammlung des bremischen Rechts
Schmollers Jb	Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SRP	Sozialistische Reichspartei Deutschlands
StWStP	Staatswissenschaften und Staatspraxis (Zeitschrift)
SZIER	Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
VBl.	Verordnungsblatt, Verwaltungsblatt
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung (= Verfassung des Deutschen Reichs)
WSA	Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliche Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht

A. Einführung

I. Gegenstand der Untersuchung

Meine Arbeit untersucht die Positionen, welche die Staatsrechtslehre seit der Gründung des Deutschen Bundes im Jahre 1815 zum demokratischen Prinzip und zu darin eingeschlossenen bzw. benachbarten Themen wie Volkssouveränität, Repräsentation, Wahlrecht, Parteienstaat und Parteienverbot entwickelt hat. Die Verwendung des eingrenzenden Adjektivs *deutsche* Staatsrechtslehre verbietet sich, weil auch Äußerungen der schweizerischen und der österreichischen Staatsrechtslehre einbezogen werden. Auch die Eingrenzung „*deutschsprachig*“ wäre irreführend, weil erstens die schweizerische Staatsrechtslehre nicht nur deutsch, sondern auch französisch und italienisch spricht, und zweitens die Staatsrechtslehre der Deutschen Demokratischen Republik nicht behandelt wird, obwohl sie deutsch sprach.

Die Staatsrechtslehre ist eine rechtswissenschaftliche Disziplin, die sowohl von der Politikwissenschaft als auch von der Rechts- und Staatsphilosophie zu unterscheiden ist. Allerdings waren die Grenzen zu den genannten Disziplinen zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich durchlässig. Vor der Herausbildung des staatsrechtlichen Positivismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren sie erst in Ansätzen vorhanden und verschwammen dann wieder im Zeichen des Weimarer „Methoden- und Richtungsstreits“. Deshalb ist eine saubere Trennung der staatsrechtswissenschaftlichen Betrachtung von politik- und ideengeschichtlichen Ansätzen nicht immer durchzuhalten. Wie ließe sich über Volkssouveränität und Demokratie sprechen, ohne auf Rousseau und Sieyès einzugehen, und wie über Repräsentation, ohne noch vor den genannten zwei Namen an die christliche Abendmahlslehre zu erinnern? Der eindeutige Schwerpunkt der Untersuchung wird aber die juristische Wissenschaft sein, die dem geltenden Staatsrecht gewidmet ist. Das gilt auch für die Weimarer Staatsrechtslehre, die trotz ihrer geistesgeschichtlichen Tendenzen dank der verbliebenen Positivisten noch über genügend juristische Substanz zur Kritik eben dieser Tendenzen verfügte.

Die Untersuchung beginnt mit der Gründung des Deutschen Bundes und konzentriert sich dabei vor allem auf den Vormärz, d. h. auf die Jahre 1815 bis 1848.¹ Damit soll nicht bestritten werden, dass es in Deutschland bereits

¹ Neben dieser Datierung der Epoche des Vormärz gibt es in der Geschichtswissenschaft noch eine zweite Datierung auf die Zeit zwischen 1830 und 1848, die der ersten Datierung vorhält, der „Zäsur von 1830“ nicht hinreichend Rechnung zu tragen (*Frotscher/Pieroth, Verfassungsgeschichte* [2018], Rn. 269). Da ich nicht zu erkennen vermag, dass die von der

früher demokratische Ideen und Bewegungen gegeben hat, wofür die deutschen Jakobiner ein bekanntes Beispiel sind.² Der Gegenstand meiner Arbeit ist jedoch nicht die Geschichte demokratischer Bewegungen, sondern die juristische Wissenschaft, die sich mit Staat und Verfassung beschäftigt. In dieser Wissenschaft haben sich die Ideen der deutschen Jakobiner kaum niedergeschlagen, was sich auch damit erklärt, dass eine Rezeption aus Frankreich importierter Ideen spätestens mit den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Besatzung schwierig geworden war.³ Eine Empfehlung für die Wahl der Gründung des Deutschen Bundes als Ausgangspunkt der Untersuchung ist das positive Recht. Es gab mit Art. 13 der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 (DBA), der die Bundesstaaten zur Einrichtung landständischer Verfassungen verpflichtete, und Art. 57 der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 (WSA), der das „monarchische Prinzip“ festschrieb, erstmals Verfassungsbestimmungen, die zur Auseinandersetzung mit Themen wie Repräsentation, Volkssouveränität und Demokratie anhielten.

Der Zeitraum von 1815 bis heute ist so umfassend und die Staatsrechtslehre bald so vielfältig, dass unmöglich jede Äußerung jedes Autors gewürdigt werden kann. Kriterium für die Setzung von Schwerpunkten ist nicht die abstrakte Bedeutung des Autors für sein Fach, sondern die Aussagekraft seiner Position zu unserem Thema und deren Repräsentativität für eine der verschiedenen Richtungen der jeweiligen zeitgenössischen Staatsrechtslehre. Eine deutliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands ist die weitgehende Ausblendung des Landesstaatsrechts, dessen Einbeziehung den Umfang der Arbeit für Autor und Leser unzumutbar gemacht hätte. Der mit dieser Ausgrenzung einhergehende Verlust an Erkenntnissen dürfte zu verschmerzen sein, weil die meisten vertiefungsbedürftigen Probleme des Landesstaatsrechts auch im Reichs- bzw. Bundesstaatsrecht vorkommen. Das gilt genau besehen auch für das Thema „unmittelbare Demokratie“. Zwar enthalten mittlerweile alle geltenden Landesverfassungen und Kommunalverfassungen im Unterschied zum Grundgesetz direktdemokratische Elemente.⁴ Damit wird die Bundesrepublik insgesamt aber noch lange nicht zu einer „gemischten Demokratie“.⁵ Denn die Gesetzgebung fällt ganz überwiegend in die Kompetenz des Bundes, so dass die Relevanz der verbliebenen Landeskompetenzen eher bescheiden ist. Und wenn im Landesstaatsrecht doch einmal grundlegende verfassungsrechtliche Probleme unmittelbarer Demokratie auftreten sollten, werden diese im Regelfall auch in der Staatsrechtslehre des Bundes erörtert.

französischen Juli-Revolution ausgelösten Ereignisse im deutschen Staatsrecht eine Zäsur bewirkt hätten, verstehe ich unter Vormärz die Zeit von 1815 bis 1848.

² Es gibt sogar eine These, die besagt, dass das demokratische Denken in Deutschland älter als die französische Revolution ist und sich aus eigenen nationalen Quellen wie den Schriften von Christian Wolff speist. Vgl. *Riethmüller*, *Anfänge* (2002), insbes. S. 7, 63 m. w. N.

³ *Lamprecht*, *Streben nach Demokratie* (2001), S. 147.

⁴ Überblicke und Zusammenfassungen bei *Pestalozza*, *Popularvorbehalt* (1981), S. 15–28; *Rinken*, *Volksgesetzgebung* (2001), S. 404–426; *Hartmann*, *DVB1* 2001, S. 776–785 (unter Einbeziehung der kommunalen Ebene); *P. Neumann*, *Sachunmittelbare Demokratie* (2009), S. 337–804 zu den Landesverfassungen der neuen Bundesländer.

⁵ *Anders Schuler-Harms*, *VVDStRL* 72 (2013), S. 418.

II. Fragen und Ziele

Am Beginn der Arbeiten an diesem Buch stand die Frage, ob Kritiker wie Rudolf Smend mit ihrem vernichtenden Urteil Recht haben, dass die Staatsrechtslehre zu „keiner befriedigenden Theorie der Demokratie“ gelangt und die Demokratie ihr „Schmerzenskind“ geblieben ist.⁶ In der Tat fällt auf, dass die Staatsrechtslehre des Kaiserreichs bei der dogmatischen Konturierung des Rechts- und Bundesstaats Großartiges geleistet hat, während die Aussagen zur Demokratie eher blass geblieben sind, wobei allerdings auch hier die Ausnahme die Regel bestätigt. Selbst unter dem Grundgesetz beschränkten sich Rechtsprechung und Literatur lange Zeit auf einige wenige Einzelaspekte des demokratischen Prinzips, was sich erst in den 1980er Jahren mit der Entwicklung der Legitimationsdogmatik in der Literatur und in begleitenden verfassungsgerichtlichen Entscheidungen zu ändern begann.⁷

Im Laufe der Untersuchung zeigte sich bald, dass die Ausgangsfrage zwar durchaus differenzierte Antworten verlangt, gleichwohl aber nicht die wichtigste Frage im Themenbereich „Demokratieprinzip und Staatsrechtslehre“ ist. Das ist vielmehr die schlichte Frage: „Was ist Demokratie?“. Dass die Antwort alles andere als einfach ist, wird gern damit erklärt, dass der Begriff „Demokratie“ vage, ja ein „*mot en caoutchouc*“⁸ sei. Die Vieldeutigkeit hängt auch mit der außerordentlich positiven Konnotation von Demokratie zusammen.⁹ In das demokratische Prinzip wird gern „alles Gute, Wahre und Schöne“ hineinprojiziert, wodurch es „konturenlos und diffus“ werden muss.¹⁰ Hans Kelsen und Carl Schmitt hatten schon in den 1920er Jahren beobachtet, dass Demokratie zu einem vieldeutigen „Schlagwort“¹¹ bzw. einem „Idealbegriff“ geworden war, der „Allem, was ideal, schön und sympathisch ist, Platz gewährt“¹². Demokratie ist – so scheint es – ein Wunschzettel, auf den jeder einträgt, was ihm gerade am Herzen liegt oder in den Sinn kommt. Dabei ist gegenüber solchen positiven Konnotationen von Demokratie durchaus Vorsicht angezeigt. Zwar wird in der Literatur von einer neueren Umfrage berichtet, wonach mehr als 90 % der Befragten aus 57 Ländern die Demokratie für ein gutes politi-

⁶ Smend, Staatswissenschaft (1969), S. 618.

⁷ S. G VI 3.

⁸ So *Louis-Auguste Blanqui* in einem Brief, zitiert nach Wenzel, Einleitung, in: ders. (2014), S. 9: „Was ist schon ein Demokrat, ich bitte Sie? Dieser Begriff ist vage, banal, ohne klare Bedeutung, ein Gummibegriff“.

⁹ Schon bei *G. Jellinek*, Staatslehre (1900), S. 722 ist nachzulesen, dass allen nach der französischen Revolution gebildeten demokratischen Republiken die Idee zugrunde liege, die einzige dem Menschen entsprechende Staatsform zu sein. Und *Heller*, Staatslehre (1934), S. 176 war ganz sicher, „dass es eine andere als die ... demokratische Legitimation der politischen Herrschaft in der öffentlichen Meinung der zivilisierten Völker der Gegenwart nicht gibt“.

¹⁰ *P. M. Huber*, Legitimation (2011), S. 71.

¹¹ *Kelsen*, Wesen (1929), S. VIII: „Weil man (dieses Schlagwort) – dem politischen Modezwang unterworfen – zu allen möglichen Zwecken und bei allen möglichen Anlässen benutzen zu müssen glaubt, nimmt dieser missbrauchteste aller politischen Begriffe die verschiedensten, einander oft sehr widersprechenden Bedeutungen an“.

¹² *Schmitt*, Verfassungslehre (1928), 225 f.

ches System halten.¹³ Dasselbe Forschungsprojekt fand allerdings auch heraus, dass in den vergangenen zehn Jahren der Ruf nach starken Führern weltweit beträchtlich zugenommen hat und das Vertrauen in demokratisch gewählte Parlamente, Regierungen und Parteien auf einem historischen Tiefstand angelangt ist. Die Diskrepanz lässt sich vielleicht damit erklären, dass man zwar der Idee der Demokratie, aber nicht ihrer realen Staatsform gewogen ist.

Es liegt nahe, in diesem Meer der Vieldeutigkeit nach Inseln zu suchen, die begriffliche Festigkeit verheißen. Eine dieser Inseln scheint Abraham Lincolns „Gettysburg Address“ zu sein, die mit der Triade „government of the people, by the people, and for the people“ die – wie gesagt wurde – „denkwürdigste aller Kennzeichnungen der Demokratie“ gegeben hat¹⁴. Denkwürdig mag diese Kennzeichnung sein, gleichwohl ist sie mehrdeutig, weil sie sich nicht festlegt, ob mit dem Genitiv in „government of the people“ das Subjekt oder das Objekt der Handlung gemeint ist, so dass mehrere Verständnialternativen möglich erscheinen: „a) Regierung des Volkes bedeutet Selbstregierung des Volkes, direkte Demokratie; b) umgekehrt: das Volk wird regiert; c) die Regierung kommt vom Volk in dem Sinne, dass sie ihre Legitimität aus der Zustimmung des Volkes herleitet; d) die Regierung wird vom Volk gewählt; e) die Regierung wird vom Volk gelenkt“.¹⁵ Diese Alternativen lassen sich in einer übergreifenden Alternative zusammenfassen, die danach fragt, ob der Wille des Volkes, der zur Herrschaft gebracht werden soll, sein wirklicher im Sinne von empirischer Wille oder ein wahrer im Sinne von ideell-richtiger Wille ist, woran die weitere Frage anschließt, ob beide Alternativen demokratische sind. Die Klärung dieser zwei Fragen ist das vorrangige Ziel meiner Arbeit.

Die Frage nach dem Verhältnis des wirklichen zum wahren Volkswillen schließt die Alternative unmittelbare oder mittelbare Demokratie ein, weist aber weit darüber hinaus. In der Staatsrechtslehre des Vormärz dachte – abgesehen von einem Außenseiter – noch niemand an eine Einführung direktdemokratischer Verfahren. Dennoch wurde lebhaft gestritten, ob der einzelne Abgeordnete ein fiktives Gesamtinteresse bzw. eine Idee oder die konkreten Interessen der Wähler seines Wahlkreises zu vertreten hat. In der Weimarer Staatsrechtslehre wurde die Streitfrage für die Einschätzung der Entwicklung des Parlamentarismus zu einem „massendemokratischen Parteienstaat“ bestimmend. Für diejenigen Staatsrechtler, welche die Aufgabe des Parlaments in der Ermittlung eines allgemeinen wahren Willens erblickten, waren die Parteien Symptome des Ver-

¹³ *Reybrouck*, Gegen Wahlen (2016), S. 9 f.

¹⁴ *Lincoln*, Gettysburg Adress (1994), S. 9 f. Das Wort „democracy“ kommt in der Rede zwar nicht vor, aus dem systematischen Zusammenhang und der Entstehungsgeschichte ergibt sich aber, dass Lincoln über die Demokratie spricht, s. https://en.wikipedia.org/wiki/Gettysburg_Address. – Die französische Verfassung vom 4. Oktober 1958 übernimmt die Formulierung in Art. 2 Abs. 5: „Son (de la République, V.N.) principe est: gouvernement du peuple, par le peuple et pour le peuple“. *Heuschling*, Frankreich (2005), S. 44 f. schreibt dazu, weder die französische Rechtsprechung noch die Rechtswissenschaft hätten diesen Ansatz aufgegriffen.

¹⁵ *Sartori*, Demokratietheorie (1997), S. 44 f., der Lincolns Formel „stilistischen Schwung“ bescheinigt, aber jede „logische Bedeutung“ abspricht.

falls staatlicher Einheit. Wer von einer wertrelativistischen Position ausging und parlamentarische Entscheidungen mit dem Willen der Mehrheit demokratisch rechtfertigte, erkannte im Regelfall in den Parteien unverzichtbare Erscheinungen der modernen Demokratie. Ja, schon für die Akzeptanz des Mehrheitsprinzips gibt die Streitfrage den Ausschlag. Wer den Volkswillen als eine vorgegebene werthafte Größe und Idee begreift, kann schwerlich eine Mehrheit aus addierten Einzelwillen darüber entscheiden lassen. In der Weimarer Diskussion über die Zulässigkeit von Parteiverboten stand die Alternative (formale) Legalität oder (wertgesättigte) Legitimität im Mittelpunkt. In Teilen der zeitgenössischen europarechtlichen Literatur wird die politikwissenschaftliche Unterscheidung einer input- und einer output-orientierten Demokratie rezipiert, wobei der Input für Wahlen und Abstimmungen steht, während unter Output die unterschiedlichsten nützlichen, gedeihlichen und wahrhaftigen Werte und Ziele gefasst werden. Die Alternative wirklicher oder wahrer bzw. in den Worten Ernst Fraenkel¹⁶ empirischer oder hypothetischer Volkswille wird die gesamte Untersuchung begleiten.

III. Methodische Vorüberlegung

Die Unterscheidung „wirklicher und wahrer Volkswille“ ist schon in Rousseaus Staatsphilosophie angelegt, nämlich im Begriffspaar „volonté de tous“ und „volonté générale“. Man könnte also vermuten, dass der *methodische Ansatz* meiner Arbeit die Untersuchung ist, ob und inwieweit eine staatsrechtliche Position die philosophischen Vorgaben des Vordenkers moderner Demokratie konkretisiert, modifiziert oder verwirft. Eine solche Annahme geht aber fehl. Staatsrechtliches wie überhaupt juristisches Denken unterscheidet sich durch seinen Anwendungsbezug grundlegend von philosophischer Kontemplation. Es ist selbst dann, wenn es – wie dies im Vormärz meistens der Fall war – nicht auf geltendes Recht bezogen ist, weil es dieses Recht (noch) nicht gibt, insofern anwendungsbezogen, als es auf aktuelle oder zu erwartende Konflikte und Herausforderungen zu antworten versucht. Der Unterschied zwischen staatsrechtlichem und philosophischem Denken wird besonders deutlich, wenn bereits ein rechtsdogmatisches System vorhanden ist. Dann nämlich ist es regelmäßig so, dass ein neuer staatsrechtlicher Ansatz zunächst versuchen wird, seine Konstruktionen und Prinzipien mit diesem System abzustimmen und, wenn das nicht gelingt, es so umzubauen, dass der Ansatz hineinpasst. Dagegen interessiert sich eine philosophische Betrachtung nicht für dogmatische Systeme und kann deshalb staatsrechtlichen Theorien nicht gerecht werden. Daran ändert – was Juristen in unterschiedlichen Epochen unterschiedlich gern getan haben – die philosophische Ein- oder Verkleidung juristischer Theorien nichts.

Mit der Abkehr von einer philosophischen Betrachtung ist zugleich ein Wechsel der Perspektive verbunden. Es werden nicht auf deduktivem Wege „von

¹⁶ Fraenkel, Komponente (1958), S. 81–84. Dazu G III 3 b.

oben nach unten“ aus übergreifenden Prinzipien und Begriffen Aussagen abgeleitet, sondern umgekehrt induktiv „von unten nach oben“ aus unterschiedlichen historischen Rechtstexten übergreifende Prinzipien und Begriffe herausgearbeitet, die für das Verständnis auch des geltenden Rechts hilfreich sind. Eine Antwort auf die Frage, was historische Rechtstexte für die Erkenntnis des heute geltenden Recht leisten können, hat Ernst Forsthoff gegeben: „Nicht nur das geschichtliche, sondern auch das geltende Recht bietet sich in Wortphänomenen dar, die geschichtliche sind. [...] Jede Gesetzesexegese nimmt das Moment des geschichtlichen in sich auf und es ist kein Dogmatiker denkbar, der nicht in diesem Sinne zugleich Historiker wäre“. ¹⁷ Forsthoffs Antwort ist vielleicht überzogen, enthält aber einen zutreffenden methodischen Kern.

Ausgehend von diesem Kern bemüht sich meine Arbeit um eine textnahe Interpretation der einschlägigen staatsrechtlichen und ausnahmsweise staats- bzw. politiktheoretischen Primärliteratur. Dabei verbindet sie eine personen- mit einer sachorientierten Darstellung. Im Kapitel zur Staatsrechtslehre des Vormärz erschöpft sich die Gliederung nach Sachthemen in der Dreiteilung Volkssouveränität – monarchisches oder demokratisches Prinzip – Repräsentation. Innerhalb dieser Grobgliederung ist die Darstellung ganz überwiegend personenorientiert, d. h. die Aussagen der einzelnen Staatsrechtler zu den genannten Gliederungspunkten werden getrennt dargestellt und gewürdigt. Auch im Kapitel zum Kaiserreich überwiegt noch die personenbezogene Darstellung innerhalb der dreiteiligen Gliederung. Das ändert sich im Kapitel zur Weimarer Republik, deren Staatsrechtslehre neue Sachthemen entdeckt (Parlamentarismus- und Parteienkritik, Parteiverbote, Wahlrechtsfragen, direktdemokratische Elemente) bzw. ein so vertrautes Thema wie Repräsentation neu konturiert. Innerhalb der übergreifenden Sachgliederung sind die Untergliederungen ebenfalls sachbezogen, nur die Ausführungen zu den Themen „Repräsentation“ und „Parlament und Parteien“ sind noch personenbezogen. In den Kapiteln zum NS-Führerstaat und dann vor allem zum Repräsentativsystem unter dem Bonner Grundgesetz folgt die Gliederung nur noch Sachgesichtspunkten, was schon deshalb einleuchtet, weil seit den 1950er Jahren die Verfassungsrechtsprechung die Führungsrolle im Staatsrecht übernommen hat. Auch im Kapitel „Demokratie in Europa“ treten die Autoren hinter die Sache zurück.

IV. Gang der Untersuchung

Dass die Arbeit im ersten Sachkapitel die schweizerische Demokratie vorstellt, muss nicht lang und breit erklärt werden (B). Es gibt kein anderes politisches System, von dem sich so viel über Demokratie und zwar sowohl über die direkte als auch die indirekte („repräsentative“) Demokratie lernen lässt, wie vom schweizerischen Bundesstaat und seinen Kantonen. Es folgen Sach-

¹⁷ Forsthoff, *Recht und Sprache* (1940), S. 12.

kapitel zu den einzelnen Abschnitten der deutschen Verfassungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert. Das erste dieser Kapitel gilt dem Deutschen Bund mit dem Schwerpunkt im Vormärz. Es ist – wie bereits erwähnt – nach der Triade Volkssouveränität – Demokratisches und monarchisches Prinzip – Repräsentation gegliedert (C). Jedem dieser drei Abschnitte wird ein Unterabschnitt zu den „Begriffs- und ideengeschichtlichen Grundlinien“ vorangestellt. So wird zunächst Rousseaus Lehre von der Volkssouveränität und deren Rezeption bzw. Nichtrezeption in der französischen Revolution erläutert. Demokratie ist eine von drei Staatsformen, die seit Platon und Aristoteles den Kernbestand der europäischen Staatstheorie bilden. Am ausführlichsten sind die Darlegungen zur Repräsentation. Hier werden die theologischen Ursprünge von repräsentatio referiert, die Entwicklungen und Umbrüche von Rousseau zu Sieyès skizziert und dann zwei angelsächsische Konzepte vorgestellt, nämlich die Lehre von Edmund Burke und dann die der *Federalist Papers*.

Es folgen Sachkapitel zum Kaiserreich (D), zur Weimarer Republik (E), zum NS-Regime (F) und schließlich zum Repräsentativsystem des Grundgesetzes (G). Dass der Umfang dieser Kapitel sehr unterschiedlich ausfällt, erklärt sich mit der unterschiedlichen Relevanz des Themas Demokratie in den untersuchten Zeiträumen. Im Staatsrecht des Kaiserreichs kam Demokratie allenfalls am Rande und als ein befremdliches politisches System vor, das allenfalls für abgelegene kleine und etwas pittoreske Gemeinwesen geeignet sein könnte. Dennoch werden wir hier auf den Ansatz eines Außenseiters stoßen, der bis heute in der Demokratietheorie präsent und aktueller denn je ist.

Zur Weimarer Staatsrechtslehre gilt im Besonderen das, was im Allgemeinen zu den vierzehn Jahren der Weimarer Republik gesagt wird. Es gab eine Fülle nahezu unbegrenzter Möglichkeiten, die dann allerdings auf die barbarischste Alternative reduziert wurden. Die Weimarer Debatte um das demokratische Prinzip ist außerordentlich vielfältig und das sowohl in politischer als auch thematischer Hinsicht. So waren in dieser Debatte von massiven antidemokratischen Aversionen der Rechten über verhaltene Skepsis der Konservativen bis zu marxistisch inspirierten Entwürfen junger Sozialisten alle Positionen des politischen Spektrums von Weimar präsent. Die Hauptströmung bildeten, vielleicht nicht zahlenmäßig aber doch qualitativ, liberale Positionen des staatsrechtlichen Positivismus, für die vor allem die Namen von Hans Kelsen sowie von Gerhard Anschütz und Richard Thoma stehen. Vielfältig wurde die Debatte auch infolge neuer Themen wie der Entwicklung zu einer Parteiendemokratie und dem Versuch eines Einbaus plebiszitärer Elemente in die parlamentarische Demokratie.

Um zu wissen, dass der nationalsozialistische Führerstaat keine Demokratie war, wird eigentlich keine staatsrechtliche Untersuchung benötigt. Allerdings gab es damals zu dieser Frage durchaus eine Debatte, in der es zwar in erster Linie um die propagandistische Selbstdarstellung des Regimes ging, die aber gleichwohl einen überraschenden und festzuhaltenden Beitrag zur Demokratietheorie lieferte.

Das Kapitel zum Grundgesetz ist mit Abstand das umfangreichste. Allerdings wäre es voreilig, daraus auf die Akzeptanz und Lebendigkeit von Demokratie

in der geltenden Verfassungsordnung zu schließen. Denn der beeindruckende Umfang verdankt sich zu einem guten Teil der beängstigenden Fülle der Ausnahmen von Demokratie, nämlich der Wehrhaftigkeit bzw. Streitbarkeit eines Repräsentativsystems, das sich als „alternativlos“ zu behaupten versucht. Deshalb bedurften die Rechtsgrundlagen und die Praxis des Parteiverbots einer vertieften und entsprechend umfangreichen Erörterung. Auch die Ausführungen zum Wahlrecht beanspruchten weit mehr Seiten als ursprünglich geplant. Denn die Detailprobleme des Wahlsystems, die früher nur einige Experten interessierten, haben heute ein erhebliches politisches Konfliktpotential erlangt. Und auch der Geburtsfehler des Grundgesetzes, nämlich sein gestörtes Verhältnis zu Verfahren der unmittelbaren Demokratie, lässt sich nicht mehr nur in einer beruhigenden rechtshistorischen Distanz abhandeln, sondern dringt in das politische Alltagsleben ein. Nicht um aktuelle Konflikte und Gefahren für die Demokratie, sondern um die dogmatische Reifung eines demokratietheoretischen Ansatzes geht es in dem Abschnitt zur Entwicklung der Legitimationsdogmatik, deren Stärken und punktuelle Schwächen in der Auseinandersetzung mit der kontroversen Debatte um die demokratische Legitimation des untergesetzlichen Sozialrechts dargestellt werden.

Das letzte Sachkapitel gilt dem Thema „Demokratie in Europa“. Die Leitfrage ist nicht, ob und wie sich der europäische Einigungsprozess demokratiekompatibel gestalten lässt, sondern welche Demokratieverständnisse die einschlägige Staatsrechtslehre bzw. Europarechtswissenschaft entwickelt hat, um Demokratiedefizite der EU zu konstatieren bzw. sie in einem zweiten Schritt zu rechtfertigen. Es geht also nicht um den Versuch des Entwurfs einer Demokratie für Europa, sondern in erster Linie um eine kritische Bestandsaufnahme der einschlägigen Literatur.

Jedes Kapitel endet mit einer Zusammenfassung seiner Ergebnisse. Die Arbeit schließt mit einem Kapitel, das mit einer Auflistung der wichtigsten Beiträge meiner Untersuchung zur staatsrechtlichen (und politischen) Diskussion um das demokratische Prinzip den Schlussstrich zieht.

B. Die Schweiz: Von der Landsgemeinde zur „halbdirekten Demokratie“

I. Vorbemerkung

Warum beginnt ein Buch über das demokratische Prinzip in der Staatsrechtslehre mit einem Kapitel zur schweizerischen Demokratie? Die Antwort gibt ein Standardwerk zum politischen System der Schweiz: „Anders als in parlamentarischen Demokratien trifft das Volk ohne Ausnahmen die abschließende Entscheidung über alle Verfassungsfragen des Landes und ebenso unterstehen die Entscheide des Parlaments dem Vorbehalt der Nachentscheidung durch die Stimmbürgerschaft. Daraus hat sich ein System der halbdirekten Demokratie entwickelt, bei dem Exekutive, Legislative und Souverän eng zusammenwirken. Sichtbare Folge davon ist die Tatsache, dass weltweit nach wie vor rund ein Viertel aller Volksabstimmungen in der Schweiz stattfinden.¹ [...] Entsprechend bietet die Schweiz als das Land mit den am stärksten ausgebauten und am häufigsten genutzten Volksrechten einen reichen Fundus an empirischen Befunden zur Funktions- und Wirkungsweise der direkten Demokratie² [...]“.³

Die Schweiz ist nach dem antiken Griechenland nicht nur die älteste Demokratie der Welt, sondern auch einer der ältesten Bundesstaaten, in dem die Kantone über eine ausgeprägte Eigenstaatlichkeit verfügen. Da – wie noch zu zeigen ist – die schweizerische Demokratie vor allem in den Kantonen stattfindet und die Kantone trotz vieler Gemeinsamkeiten doch recht unterschiedliche politische Systeme ausgebildet haben, ist die Schweiz in Sachen Demokratie eine Art Laboratorium, in dem die verschiedensten Formen und Verbindungen von und mit Demokratie ausgetestet wurden und immer wieder werden.⁴ Es kommt hinzu, dass diese Tests vorrangig in deutscher (und französischer) Sprache beschrieben sind. Und dann darf nicht vergessen werden, dass die Schweiz

¹ Nach *Biaggini*, *Ausgestaltung* (2005), S. 108 entfielen von den 728 Volksabstimmungen, die im Zeitraum zwischen 1900 und 1993 weltweit auf nationaler Ebene stattfanden, so gut wie die Hälfte auf die Schweiz.

² Angesichts dieser praktischen Bedeutung demokratischer Verfahren ist es erstaunlich, dass die Worte „Demokratie“ und „demokratisch“ im Text der Bundesverfassung nur beiläufig erwähnt werden. Ebenso erstaunlich ist, dass zur schweizerischen Staatsrechtslehre unwidersprochen gesagt werden konnte, sie habe dem Demokratieprinzip keine klaren dogmatischen Konturen verliehen. Vgl. *Biaggini*, *Ausgestaltung* (2005), S. 109–111.

³ *Vatter*, *System der Schweiz* (2014), S. 343.

⁴ *Biaggini*, *Ausgestaltung* (2005), S. 120 bezeichnet die Kantone als eigentliche „Experimentierlaboratorien“ der direkten Demokratie.

vor allem im Vormärz ein Bollwerk gegen die Reaktion in Deutschland und damit eine Zufluchtsstätte für verfolgte deutsche Demokraten war.⁵ Aus allen diesen Gründen wäre es nachgerade verwunderlich, wenn ein deutsches Buch über Demokratie nicht auf die reichen Erfahrungen unserer südlichen Nachbarn zurückgreifen würde.

II. Entstehung der direkten Demokratie: Kontinuität oder Bruch?

Zu den Ursprüngen der direkten Demokratie in schweizerischen Kantonen gibt es zwei sich widersprechende Erklärungsansätze. Der erste betont die Kontinuität der Verfassungsentwicklung über das ausgehende 18. Jahrhundert hinaus, der zweite die Diskontinuität, den Bruch, der durch die Französische Revolution herbeigeführt worden sei.⁶ Nach dieser Erklärung verdankt die Schweiz dem Einfluss der französischen Revolution auch ihre direktdemokratische Tradition.⁷ Dem naheliegenden Einwand, die französische Revolution habe doch kein direktes, sondern ein repräsentatives Demokratiekonzept durchgesetzt, hält Alfred Kölz, ein Protagonist der Diskontinuitätsthese⁸, entgegen, dass in der jakobinischen Phase der Revolution durchaus direktdemokratische Konzepte diskutiert wurden, die zwar in Frankreich nicht umgesetzt werden konnten, sehr wohl aber in einigen Schweizer Kantonen.⁹ Ein weiterer Einwand ist die bis ins Spätmittelalter zurückgehende eidgenössische Landsgemeinde, die eine Versammlung der Männer war, die über das Landrecht verfügten und durch Mehrheitsbeschluss alle Angelegenheiten des Gemeinwesens regelten. Kölz räumt ein, dass die Tradition der schweizerischen Landsgemeinde die Rezeption der aus Frankreich kommenden Ideen der individualistischen und egalitären Demokratie begünstigt hat. Aber er besteht darauf, dass die Übernahme dieses rationalen Konzepts ein deutlicher Bruch mit der genossenschaftlich-korporativen Landsgemeinde gewesen sei.¹⁰ Denn in der alten Eidgenossenschaft war das Wahlrecht uneinheitlich geregelt und regelmäßig an Voraussetzungen wie den Wohnsitz, die Zugehörigkeit zur Aristokratie oder zu den Zünften geknüpft. Erst die helvetische Verfassung von 1798 führte in ihrem Art. 28 ein allgemei-

⁵ Goderbauer, Vormärz (1989), S. 147.

⁶ Eine prägnante Darstellung des Meinungsstreits bei Adler, Entstehung (2006), S. 9–11.

⁷ Kölz, Bedeutung (1996), S. 105–118. „Ohne Französische und Helvetische Revolution hätte in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts keine Regenerationsbewegung stattgefunden, wäre die Bundesstaatsgründung 1848 nicht gelungen, hätte 1860–1870 keine demokratische Bewegung stattgefunden, wäre 1874 die Totalrevision der Bundesverfassung im unifizierenden und antiklerikalen Sinn nicht erfolgt [...] überdies wären Staat und Kirche vielleicht auch heute noch eng miteinander verwoben“ (113 f.).

⁸ Kölz, Verfassungsgeschichte (1992), S. 617 nennt seinen Ansatz „Verdrängungstheorie“.

⁹ Kölz, Bedeutung (1996), S. 108 f.

¹⁰ Kölz, Verfassungsgeschichte (1992), S. 627–630. Prägnant wird der Ansatz in einer Kapitelüberschrift zusammengefasst: „Verdrängungstheorie auf dem Boden besonders günstiger Rezeptionsvoraussetzungen“ (627).

Sachregister

- Abgeordnete (GG)
 - Entstehungsgeschichte von Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG 284 f.
 - freies Mandat 282–284, 380 f., 424
 - imperatives Mandat 269, 282–284, 380 f.
 - Mandatsverlust nach Parteiverbot 288, 306
 - repräsentativer Status 224, 228, 281–284, 380 f.
 - Spannungsverhältnis zwischen freiem Mandat und Partei 228 f., 285–290
 - Abstimmungen, auch Volks- (WRV)
 - 123, 135 f., 144 f., 159 f., 163, 184, 186–189, 191–196, 198–201, 204
 - Beteiligungsquorum 189, 199, 204, 441
 - Entstehungsgeschichte 186–188
 - Finanzwirksame Volksentscheide 194–196
 - Gesetzgebung, parlamentarische und plebiszitäre 191–194
 - plebiszitäre Praxis 189, 198–201
 - Volksbegehren 123, 187–189, 192, 194 f., 199 f., 204, 441 f.
 - Volksentscheid 123, 159, 173, 187–189, 191–195, 199 f., 204
 - Volksgesetzgebung 180, 187–189, 191–196, 199 f., 204, 441 f.
 - Abstimmungen, auch Volks- (GG) 223, 234 f., 236–238, 240, 243, 261–267, 291, 299, 337, 375 f., 378
 - Homogenität zwischen GG und Landesverfassungen 262
 - kein Monopol für repräsentative Demokratie 262 f.
 - Territorialplebiszite 262
 - Verfassungsgebot? 263 f.
 - Verfassungsvorbehalt 264 f.
 - Volksbegehren 234–237, 264, 271, 284, 293, 372 f., 375, 380
 - Volksentscheid 228, 234–236, 238, 242, 245, 262, 264 f., 271, 284, 293, 372 f., 375, 379 f.
 - Wahlen als Abstimmungen im Parteienstaat 266 f.
- Akklamation 139, 183–186, 204, 210, 215, 218, 237, 243, 291, 438
- öffentliche Meinung als moderne 185 f., 204, 243
- Allgemeine Staatslehre 102, 103, 115, 122
- Ausländerstimmrecht, -wahlrecht 30–32, 299–301, 337
- Beteiligungsquorum 18, 34, 212 s. auch unter Hauptstichwort „Abstimmungen (WRV)“
- Bildung (und Demokratie) 44, 57, 72, 87, 107, 131, 138, 229, 286, 341–343, 346 f., 383, 428, 436
- DDR, Entwurf einer neuen Verfassung 1990 373
- Demokratie (ohne EU)
- Begriffs- und Ideengeschichtliches 53, 56
 - direkte, unmittelbare 10–19, 95, 123, 186–201, 210–214, 261–267, 290 f., 372–378, 429 f., 439–443
 - Einstimmigkeit, Einmütigkeit 43, 106, 132 f., 135–137, 144, 202, 266, 327 f.
 - Entformalisierungen 214 f., 221, 243 f., 380, 437 f.
 - Erziehungsdiktatur 136 f., 202, 292
 - EU s. Hauptstichwort „Demokratie in der EU“
 - Formenstrenge 437–439
 - gemischte 2, 95, 377 f., 429 f., 439–441
 - genossenschaftliche (Preuß) 110, 159, 432–434

- halbdirekte (Schweiz) 9, 13 f., 27 f., 33 f., 347, 429
 - Herrschaft für das Volk 136 f., 352 f., 345 f., 439 f.
 - Irrtum der Minderheit/des Volkes 43, 79 f., 136 f., 201 f., 266, 429
 - Kritik der direkten Demokratie 19, 24 f., 27, 29 f., 186–188, 198–201, 234–239, 348–350, 429
 - Legitimationsdogmatik s. Hauptstichwort
 - liberale 7, 12 f., 14, 33 f., 87 f., 126, 168, 325 f., 383, 424, 439 f.
 - Monarchie, demokratische 44 f., 59 f.
 - monarchische 44 f., 100
 - und Nation 13, 19, 24, 127–129, 397 f.
 - pluralistische/Pluralismus 79, 110, 161 f., 219 f., 229, 268, 272, 287, 292 f., 381, 432
 - als Rechtsgleichheit (v. Rotteck) 57–61, 97
 - repräsentative 12 f., 14–17, 34, 55, 57, 92, 98, 105, 154 f., 165 f., 160, 168, 203, 261 f., 299, 346–348, 352 f., 374, 377, 380, 383 f., 424, 430–432
 - „Set von Spielregeln“ 345
 - soziale 137, 141–143, 313, 343 f.
 - massendemokratischer Parteienstaat 4 f., 115, 165, 167–169, 182 f., 201, 203 f., 283, 286–288, 381, 422, 437
 - Urversammlungen 50 f., 95 f., 186
 - Veredelung der 55, 165, 207, 211, 219, 244
 - Volksherrschaft 40, 45, 49, 56–58, 62, 72, 97, 158 f., 175, 292
 - volkssouveräne 110, 432–435
 - und Volkssouveränität (Abgrenzung) 12, 14, 40 f., 45, 50, 56, 96 f., 104, 108, 109 f., 122, 156 f., 215, 218, 344, 346, 353, 360, 362, 384, 432–435
 - Wertrelativismus 133–135, 161 f., 423, 436
 - Wunschzetteldemokratie 3, 383, 435 f.
- Demokratie in der EU
- Anwendungsvorrang 389, 399
 - Asymmetrie zwischen positiver und negativer Integration 399 f., 418 f.
 - Bedeutungswandel der Freiheit 409
 - degressive Proportionalität 390 f., 394, 402, 418 f.
 - demokratiebezogenes Primärrecht 390
 - Einheitliche Europäische Akte (EEA) 388, 394
 - Einstimmigkeitsprinzip 388, 413 f., 418 f.
 - EP, Demokratiedefizite des 394 f., 397, 400–402, 409 f., 412, 418 f.
 - Expertokratie 405, 419
 - gemeineuropäischer Begriffskern 393, 402, 418 f.
 - Governance 406–408, 419
 - Homogenität 396–398
 - homogenité federative 411
 - Input-orientierte Demokratie 392, 403 f., 405, 409 f., 418
 - Kompensation von Demokratiedefiziten durch direkte Demokratie 410–412, 419
 - Konstitutionalisierung 388, 399 f., 401, 419 f.
 - Kontingentierung der Parlamentssitze 394 f., 396, 399 f., 401 f., 419
 - Legitimation, duale demokratische 388, 390, 394, 407, 412
 - Legitimation, monistische demokratische 388
 - Legitimationsniveau 391, 410, 413 f.
 - Lissabon-Entscheidung 387, 391, 394 f., 401 f., 413–418
 - Maastricht-Entscheidung 387, 411, 413–415
 - Mehrheitsprinzip 387, 394, 397, 414
 - Menschenrechte 407 f., 419
 - Nichtübertragungsgrundsatz 391 f.
 - öffentlicher Diskurs 396, 400, 418
 - Output-orientierte Demokratie 392 f., 403–406, 418 f.
 - Output, rechtsstaatliches 409 f.
 - „schleichende Verstaatlichung der EU“ 415–417, 420
 - Selbstbestimmung, individuelle 408 f., 419
 - Staatengleichheit 401 f., 412, 419
 - Tina-Prinzip (There is no alternative), alternativlos 405, 418
 - unmittelbare Anwendbarkeit von EU-Recht 389
 - Volk, europäisches 396–400, 402, 413, 418 f.
 - Vollparlamentarisierung der EU 400 f.

- Wahlrechtsgleichheit 393, 395, 401 f., 409, 419
- Wohlstandserhalt und -steigerung 404, 419
- Deutsche Bundesakte (Art. 13 DBA) 2, 36, 80–82, 84, 87, 97
- Deutscher Bund 1, 3, 7, 35 f., 64 f., 96
- Diktatur des Proletariats 125
- direktdemokratische Verfassungsreformen 375–378
- Diskontinuitätsthese 10 f.
- Dualismus von Fürst und Volksvertretung 65 f., 99

- Enquête-Kommission Verfassungsreform 1976 372
- Erbmonarchie 48 f., 51, 60, 85 f., 96, 312, 332
- Ewigkeitsgarantie (Art. 79 Abs. 3 GG) 224, 229, 242, 244 f., 264 f., 295–303, 307, 310, 320 f., 323 f., 376–379, 381 f.
 - Demokratie (Garantiegehalt) 242, 264, 295, 299, 320 f.
 - Entstehungsgeschichte 296–299
 - „Herrschaft der Toten über die Lebenden“ 302 f.
 - Volk (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG) 299–301

- Federalist Papers 7, 77–80, 293
- Fraktionsdisziplin, -zwang: 76, 284 f., 290, 381
- Freiheit 11 f., 14, 33 f., 38, 41, 54, 95, 106, 125, 129, 131 f., 153, 161, 181, 201 f., 271, 274, 292, 340, 348, 373, 422, 425
 - Bedeutungswandel der 131–133, 327 f., 338, 409, 427 f., 436
 - „Freiheit und Eigentum“ Formel 63 f., 103
 - persönliche, private 61
 - politische 61
 - als unpolitisch-rechtsstaatliches Prinzip 130 f., 135 f., 138 f.
- Freiheitsrechte, Kommunikationsfreiheiten (und Demokratie) 22 f., 32 f., 43 f., 50, 63, 82, 97, 130., 137–139, 171, 294 f., 306, 325 f., 329, 333–337, 348, 383, 428, 435 f.
- Führerauslese 153 f.

- Gemeinsame Verfassungskommission 373 f.
- Gemeinwille 15, 38, 41, 43, 71, 74, 96, 132, 136, 159, 167, 216 f., 266
- Genossenschaftstheorie (Gierke/Preuß) 108–111, 122, 422
- Gesamtwille 42 f., 45–49, 52, 80, 88, 90, 96 f., 139
- Gesellschaftsvertrag (contrat social) 18, 38, 40, 50, 52, 59, 71, 84, 96, 101, 106, 111, 136, 216
- Gesetzesbegriff, -befehl, -inhalt 112 f., 173
- Gesetzesinitiative 16, 18, 188
- Gesetzesreferendum 18 f., 26, 71, 161, 187 f., 195, 234, 349, 442
 - fakultatives 13, 18, 349
 - obligatorisches 18, 71, 349
- „Gettysburg Address“ 4
- Gleichartigkeit 121, 130 f., 140 f., 143, 154, 185 f.
- Gleichheit (ohne Chancen-, Wahl[rechts]- und Staatengleichheit) 11 f., 31, 33 f., 54, 57–59, 61, 97, 107, 129–132, 135, 138, 140–143, 180, 201 f., 286, 343 f., 346 f., 353, 395, 397, 427, 436
- Grundgesetz
 - Ablösungs- und Bestätigungsvorbehalt, Art. 146 GG 241–246, 302 f., 379, 381 f., 417, 420
 - Abstimmungen s. Hauptstichwort (GG)
 - Berufsverbote, Radikalenerlass 308, 322 f.
 - Bundesverfassungsgericht und Staatsrechtslehre 227 f.
 - demokratische Legitimation, „Geburtsfehler“ des 240–244, 372
 - Entstehungsgeschichte 224–226, 231–233, 241
 - Ewigkeitsgarantie s. Hauptstichwort (Art. 79 Abs. 3 GG)
 - Exkulpationsstrategie der Eliten 239
 - Gründungsplebiszit 234, 237, 240
 - Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG) 224, 295 f., 298
 - Homogenitätsgebot (Art. 28 Abs. 1 GG) 262, 291, 374 f.
 - kommunale Selbstverwaltung 230, 354, 361, 433
 - Parteiverbot s. Hauptstichwort (GG)

- Provisoriumsthese 232, 237, 240–242
- Quarantänekonzept 234, 237 f., 263
- Sozialstaat 264, 295, 310, 336, 343 f., 352, 357
- streitbare, wehrhafte Demokratie 223 f., 229, 294–296, 298, 307 f., 317, 321–327, 378, 383, 422, 425 f.
- Vereinigungsverbot (Art. 9 Abs. 2 GG) 295
- Verfassungsfeind, verfassungsfeindlich 306, 308, 311, 317, 321 f., 324
- Wahlen s. Hauptstichwort (GG)
- wehrhafte s. streitbare Demokratie

- Herrschaft auf Zeit 229, 299, 331–333, 428, 435
- Homogenität 23 f., 34, 78, 130, 139–144, 155, 202, 293, 328, 338–341, 343, 383, 396 f., 428, 436
- Identität 127, 130, 154 f., 161, 167 f., 173, 202, 266, 300, 378, 391, 396, 397, 399 f., 409, 418
 - und Repräsentation 154 f., 161
- juristische Person, Staat als 46 f., 101 f., 105, 108, 120, 122, 272
- jus cogens 28 f.

- Kommunalismus 11 f., 34
- Kommunikationsfreiheiten s. Freiheitsrechte
- Konkordanzdemokratie 25–28
- konstitutionelles System 65, 67, 88, 97
- Kontinuitätsthese 11 f.

- Landsgemeinde 9–12, 14 f., 16 f., 33
- Landstände 80, 82 f., 86 f., 105, 114, 116
- landständig oder repräsentativ 35 f., 80–84, 97
- Legitimationsdogmatik 3, 8, 223, 227, 229, 299, 345, 350, 352–372, 384 f., 410, 413, 432–434
 - Aufsichts-, Auskunfts- und Kontrollrechte, ministerielle 356, 357, 359, 364, 369, 370, 385
 - „Ausgehen“ (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG) 354, 355–357, 358, 361
 - Betroffensein in eigenen Rechten 354, 362 f., 364, 369, 371 f.
 - Effektive Durchsetzung des Volkswillens 366 f.
 - Emscher Entscheidung 361, 336, 367, 407
 - Friedenswahlen 365 f., 384, 434
 - GBA (Gemeinsamer Bundesausschuss) 357 f., 361–366, 368 f., 370–372
 - Interessen, Neutralisierung und Integration von 367–369, 384
 - Interessenhomogenität 363–365
 - Kompensation von Legitimationsdefiziten 356 f., 358–362, 366, 369, 384
 - Legitimation, mitgliedschaftliche (autonome) 358 f., 360–362, 365–367
 - Legitimation, personell-demokratische 355–358, 369 f., 384 f., 434
 - Legitimation, sachlich-inhaltliche demokratische 355, 356 f., 369, 370 f.
 - Legitimationskette 353, 355 f., 369 f., 384, 434
 - Legitimationsniveau 356
 - Repräsentanz aller Interessen? 362 f.
 - Repräsentanz, angemessene 364 f.
 - Sachkunde 359, 365, 368 f.
 - Selbstverwaltung, funktionale 354 f., 357–362, 366, 368, 384, 434
 - Selbstverwaltung und Demokratie 359–363, 432 f., 434 f.
 - Sicherstellungsauftrag 363, 369, 372
 - Staatsgewalt (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG) 353 f.
 - Teilmölder 354 f., 362, 383
 - Therapiefreiheit, ärztliche 363, 372
 - Totalsubstitution 365 f.
 - Volk (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG) 299–301, 354 f.
 - vorbehaltsrechtliches Bestimmtheitsgebot 370 f.
 - Wesentlichkeitstheorie 370–372
 - Zurechnungszusammenhang, ununterbrochener 351, 355
- Mandat 120, 156 f., 164, 169, 178, 181, 183, 207, s. auch unter Abgeordnete (GG) und Wahlen (GG)
 - freies 74–76, 78, 81, 90, 144, 169 f.
 - imperatives 71 f., 74, 76, 87, 90, 92, 95, 108, 151, 153, 170
 - Mandatsverlust 161, 169

- Mehrfach-, Pluralwahlrecht 107, 179, 286, 341 f.
- Mehrheitsprinzip, -regel, „Mehrheit entscheidet“, Majoritätsprinzip 5, 22 f., 25, 43 f., 51, 54, 97, 105 f., 126, 132–138, 142 f., 162, 180 f., 201 f., 229, 266, 299, 327–329, 340, 383, 387, 394, 397, 414, 427, 435 f.
- Mehrheitswahl, -recht, -system, Majorprinzip 19, 152, 168, 178–183, 204, 247–252, 254–257, 424
- „Methoden- und Richtungsstreit“ 1, 124, 145, 202
- Minderheitenrechte, -schutz 22 f., 25, 30–32, 43 f., 97, 134, 137, 140, 181, 202, 329–331, 334, 383, 428, 435 f.
- durch Verfassungsgerichtsbarkeit 137, 330 f.
- Monarch 41 f., 60, 64 f., 96, 99, 102, 104 f., 112 f., 115, 150, 432
- als Repräsentant 46, 48 f., 70 f., 80, 84, 98, 119, 121 f., 157, 430
 - als Staatsorgan 120
- Monarchensouveränität 63, 70 f., 102–105, 112
- Monarchie 53–55, 57 f., 61, 73
- demokratische 44, 59 f., 97
 - konstitutionelle 35, 37, 45 f., 59 f., 97, 99 f., 113, 124, 190, 421
- monarchisches Prinzip 2, 35–37, 40, 48, 53, 56, 58, 60–66, 96 f., 99 f., 102–104, 111 f., 115, 120, 186, 421
- monarchisch-demokratisches Prinzip 59
- Nationalsozialistischer Führerstaat
- als Demokratie 207 f., 218–221
 - demokratische Legitimationsgrundlage 209
 - demokratische Machterringung 208 f.
 - Entformalisierungen 214 f., 437 f.
 - „Gesetz über Volksabstimmungen“ 211–214, 221
 - Realpräsenz des Volkes im Führer 216 f., 222, 429, 431
 - Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 209–215
 - Volkswille, wirklicher und wahrer 215–217, 222
- Obrigkeitsstaat (Preuß) 104 f., 109 f., 126 f.
- Öffentlich, Sphäre des -en, öffentliche Aufgabe 21 f., 274 f., 278 f., 368, 380, 407
- öffentliche Meinung 3, 22, 78, 80, 90, 119, 138, 159 f., 161, 184–186, 194, 204, 334
- Öffentlichkeit, demokratische 21 f., 34, 88, 138, 164
- Oligarchie, ehernes Gesetz der 166, 275 f., 433 f.
- Parlamentarismus, Parlament 19 f., 62 f., 75 f., 113, 160–170
- Arbeitsteilung 72, 160 f., 429
 - Diskussion, öffentliche 22, 73, 164, 167
 - Krise des 162–169, 288 f., 377, 423
 - Kritik am 94 f., 162–169, 216, 220, 423
 - Liberalismus 163 f., 185
 - Öffentlichkeit 22, 164
 - Organ, sekundäres 118, 149, 156, 158
 - Parlamentsabsolutismus 138
 - Prinzip, parlamentarisches 61–63
 - Reform des 161, 163, 198, 203, 429 f.
 - Regierungsweise, parlamentarische 65 f.
- Parteien (ohne GG)
- Aufbau 21
 - Chancengleichheit der Parteien 32, 173, 177
 - Finanzierung 32 f.
 - Kritik der 160–163, 165 f., 203
 - massendemokratischer Parteienstaat 127, 167–169, 182 f., 201, 203
 - Mitwirkung an Meinungs- und Willensbildung 20 f., 22, 159, 204
 - NS-Kritik an Parteien 219 f.
 - Parteienstaat 20 f., 34, 125, 155, 160, 165 f., 177
 - Parteioligarchie 163, 203, 423
 - Parteiverbot s. Hauptstichwort
 - Rechtsphilosophische Parteienlehre 161 f.
 - Staatsorgane 162
- Parteien (GG) 268–293
- Aufgabe, öffentliche 271, 278 f.
 - Begriff der Partei 269 f.
 - Chancengleichheit der 258 f., 270, 272, 278, 309, 320 f., 329, 382 f.

- Entstehungsgeschichte von Art. 21 Abs. 1 GG 268 f.
- Finanzierung, staatliche 278–281, 319–321
- Gewährleistungsverantwortung 275, 280
- Gründungsfreiheit 269 f., 329
- innere Ordnung 275–277
- Lex NPd 319–321, 383
- Mittler zwischen Staat und Gesellschaft 271 f.
- öffentlicher Status 274 f.
- Parteiverbot s. Hauptstichwort
- Rathausparteien 270
- Rechenschaft, öffentliche 269, 277 f.
- Staatsfreiheit 271, 279–281
- Staatsorgan s. Verfassungsorgan
- Verfassungsorgan 272–275
- Parteiverbot (WRV) 171–178
- Legalität, formale oder inhaltliche 177 f.
- Legalität und Legitimität 172 f., 175, 177
- materiale Schranken der Verfassungsrevision 175 f., 204
- Mittel, gesetzwidrige/gewaltsame 174 f., 204
- Neutralität bis zum Selbstmord 175 f.
- revolutionäre Partei 174
- „superlegalité constitutionelle“ 174
- Verhalten der Anhänger 176
- Verteidigung der Demokratie gegen die Mehrheit? 175
- Wehrlosigkeit der Weimarer Demokratie 171 f., 204
- Ziele, revolutionäre 174–178
- Parteiverbot (Art. 21 Abs. 2 GG) 294–296, 303, 321, 425 f.
- „aktiv-kämpferische, aggressive Haltung“ 312
- „beeinträchtigen“ 305, 315
- „demokratieverkürzende Ausnahmenorm“ 314, 382
- „Darauf ausgehen“ 312, 316–319, 322 f.
- Entstehungsgeschichte 303–305
- freiheitlich-demokratische Grundordnung 305 f., 308–312, 314, 322
- KPD-Verbotsurteil 306 f., 311–313
- legales Handeln als Verbotsgrund 316 f.
- Mandatsverlust nach Parteiverbot 288
- Menschenwürde 314 f., 337 f., 382
- national befreite Zonen 316
- NPd-Verbotsverfahren 2001 313 f.
- NPd-Verbotsverfahren 2017 314–318
- Parteienprivileg 304 f., 308, 311
- Potentialität 318 f., 382
- SRP-Verbotsurteil 288, 306, 309–311
- „Verhalten ihrer Anhänger“ 305 f., 311, 315 f., 319
- Ziele 295, 305, 307 f., 310–318, 324, 382
- Partizipation 215, 229, 345–350, 383 f., 390, 392, 394, 404, 407, 438
- Patrimonialstaat 52
- Pluralismus, pluralistisch 219 f., 229, 268, 272, 287, 299 f., 327, 330, 340, 348, 352, 360, 381, 414, 423, 432
- Positivismus (staatsrechtlicher) 1, 7, 101, 103, 105, 121 f., 124, 135, 148, 171, 202, 227, 279, 299, 422, 426, 430
- Recht auf Demokratie 229, 337 f., 409, 415
- Rechtsstaat und Grundrechte als Schranken der Demokratie 24 f., 31 f., 34
- Reich, sittliches 51 f.
- Reichspräsident 123 f., 159, 171, 173, 187–191, 194, 196–198, 205, 208, 210, 212 f., 215, 423, 440 f.
- Auflösungsrecht des Reichstages 190
- Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers 190, 208
- „Hüter der Verfassung“ 196–198, 296
- plebiszitäre Legitimation 196–198, 205
- Repräsentant 159
- Volkswahl 189–191, 197, 205, 440 f.
- Repräsentant(en)
- Abgeordnete s. Hauptstichwort
- Begriffsmerkmale 85, 87, 151
- Bindungen der 85 f., 158 f.
- Erbmonarch als 85
- Kontrolle und Verantwortlichkeit 350–352
- Monarch als 46, 48, 84–86, 119–121, 122
- Regierung als 151, 155
- Reichspräsident s. Hauptstichwort
- Reichsstände als 93

- Reichstag als 159
- Unabhängigkeit des -en 151 f.
- Verantwortlichkeit 85
- Volksvertretung als 86–93
- als Vormund des Volkes 86, 94
- Repräsentation
 - Abendmahlslehre 69 f.
 - absorptive 70 f., 159
 - Allgemein- 74 f., 89, 91
 - dynamische 86, 93
 - Federalist Papers 77–80, 293
 - Fiktion der 119, 144, 156–158, 161, 194, 431
 - formale 350 f.
 - formales und pragmatisches Verständnis 144 f.
 - gesetzliche Fiktion 113 f., 121 f.
 - Idee der Einheit des Volkes 114, 116, 154 f.
 - Idee der Volksexistenz 92 f., 430
 - Ideen und Werte 69, 351 f., 430–432
 - und Identität 154, 161 s. auch Hauptstichwort
 - inhaltliche 351 f.
 - Interessen 89 f., 91, 121, 150, 151 f.
 - Korporationslehre 70 f.
 - Kritik der Repräsentativdemokratie 93, 96, 156–158, 431 f.
 - Kurialismus 70 f.
 - mathematische 86
 - Nichtrepräsentierbarkeit der *volonté générale* 71
 - Nutzen des Volkes 85 f., 430
 - öffentliche Meinung 159 f.
 - phänomenologische Betrachtung 148
 - und Pluralismus 292 f., 432
 - primäre und sekundäre Staatsorgane 116–119, 149, 156
 - „Qualität statt Zahl“ 86
 - Realpräsenz des Volkes im Führer 216 f., 222, 429, 431
 - responsiveness 350 f., 431
 - Sichtbarmachung von Unsichtbarem 148 f., 430
 - Stellvertretung 156–158
 - Teil- 74 f., 89 f., 91 f.
 - Theologisches 69–71, 148 f., 432
 - Vergegenwärtigung von etwas Abwesendem 150 f.
 - Vertretung 90, 150–152
 - virtuelle (virtual – E. Burke) 75 f., 79
 - Volkes 88
 - Volksethos 114
 - Volksgeist 69, 114, 145, 430
 - Volksintelligenz 87, 430
 - Volkswille s. Hauptstichwort
 - Vorzüge der (Arbeitsteilung, Unitarismus, Ausscheidung von Sonderinteressen, Diskussion und Kompromiss, Herrschaftsteilung) 72–74
 - Wortbedeutung 68 f.
 - zwei- oder dreipoliges Verhältnis 69
- Repräsentativsystem 13–17, 19, 34, 46, 73, 78, 84, 86, 88, 94 f., 123, 138, 153 f., 167, 178, 182, 203, 223, 229, 282 f., 291–293, 335, 342, 374, 378, 381, 385, 432, 439 f., 443
- responsible government 126, 161
- „Schlechte Erfahrungen von Weimar“ 198–201, 204 f., 234–236
- „Schubladsierung“ 28, 30
- Selbstbestimmung
 - individuelle 41, 94, 96, 132, 345, 383, 393, 408 f., 419, 427
 - kollektive, des Volkes 38, 41, 94, 96, 109, 116, 130, 360, 383 f., 393 f., 403–405, 409, 418, 427
 - nationale, der Völker 29, 127 f., 245, 416
- Selbstverwaltung (Hugo Preuß) 104, 108 f., 122, 124, 189, 360–362, 384, 433 f.
- Sonderweg, deutscher 421 f.
- Souveränität 38–42, 44 f., 46–51, 63, 70 f., 73, 75, 77, 93 f., 96, 100, 102, 109 f., 114–116, 218, 245, 332, 389, 397, 411, 416, 432 f., 442
- Staatsformenlehre 7, 50, 53–56, 58–62, 65, 99 f., 104, 127, 219 f., 221
- Staatsrechtslehre 1, 37, 42, 123 f.
- Staatssoveränität 74, 102 f., 112
- Staatsvertrag, Lehre vom 45, 48
- Überforderung des Volkes 19
- Verfassungsinitiative, -referendum 13, 18, 187, 234, 237, 265, 373, 442
- Verhältnismahl, -recht, -system 19, 168, 170, 178–183, 204, 233, 236, 247–252, 254–258, 283, 379, 424
- Demokratierelevanz 179 f.

- Förderung von Kompromissen 181
- Kritik des 233, 236, 249
- „massendemokratischer Parteienstaat“ 182 f.
- Parteienzersplitterung 180, 248–250
- „plebiszitähnlicher Vorgang“ 182
- „Volksspiegel“ („miroir de la nation“) 182 f., 249
- „Wahlrecht der Mathematiker“ 183
- Volk 12, 14 f., 16, 30–32, 34, 37 f., 40 f., 47, 49–52, 79 f., 86, 93 f., 97 f., 120 f., 139, 142, 154, 158, 183–186, 194, 238, 287, 345 f., 349, 405 f., 432–435, 439 f.
- deutsches 299–301, 354, 381, 416 f., 420
- europäisches 396, 397–400, 413, 418, 419
- Legitimationsfigur, -grund, -kategorie 93 f., 97 f., 207, 233, 352 f., 424
- Organismus 107
- Realpräsenz im Führer 217, 431
- Repräsentation des 41, 45, 86, 92 f., 114 f., 149, 154 f., 156 f., 281, 431
- Staatsorgan 105, 117–121, 149, 158, 284
- Summe freier und gleicher Menschen 37 f., 96, 332, 408, 427
- überindividuelle Gemeinschaft, Größe 145 f., 152, 217
- unberechenbare Größe 183–186
- „unbestimmt-gleichheitliche Allgemeinheit“ 354 f.
- Volksgesetzgebung in den (neuen) Bundesländern 374 f.
- Volksinitiative 18 f., 26 f., 29, 161, 163, 442
- Volksrechte 9, 19, 20 f., 25 f., 377
- Volksouveränität 12, 14 f., 16, 35–53, 96 f., 99 f., 102 f., 106, 108, 111 f., 119 f., 123, 173, 223 f., 265 f., 300–302
- allgemeine Staatslehre 102 f., 106
- und Demokratie 39 f., 50, 56, 104, 108–110, 122 f., 127, 173, 218, 299, 344, 353, 360, 384, 397, 432–435
- Dogma der 156 f.
- und Führertum 215 f.
- und Repräsentation 73 f., 81, 91, 93
- Volksstaat (Preuß) 104 f., 109 f., 122, 124, 384, 433
- Volksvertretung 71, 108, 121, 124, 156, 159 f., 182, 429 f., 437, 443
- Aufgabe 16
- Bedingungen einer gelingenden Vertretung 87 f.
- Dualismus 66, 99
- Ermittlung der Vertreter 87, 91 f.
- Kompetenzen 63 f., 87 f.
- und Repräsentation 84, 86 f., 91, 105, 113, 115 f., 270
- als sekundäres Staatsorgan 117–119
- als Staatsorgan 112 f., 119 f.
- Wahlrecht, aktives 88 f., 91 f.
- Wahlrecht, passives 88 f., 92
- Wahlsystem 178 f., 204
- Zusammensetzung 66 f., 87, 98, 286
- Volkswille, Wille des Volkes 4 f., 50 f., 178, 239, 274, 284, 291–293, 295, 299, 349, 353, 356, 366 f., 372, 429 f., 440
- empirischer 4 f., 14 f., 16, 33, 76, 79, 85, 292 f., 381
- hypothetischer 5, 159, 292 f., 381
- ideeller, objektiver, wahrer 5, 16, 33, 79, 85, 215–217, 222, 292 f., 429–431
- Repräsentation des 14, 48–51, 76, 79, 85, 113 f., 145 f., 156 f., 159, 216 f., 292 f., 429–431
- unsichtbarer 49
- wirklicher 5, 215 f., 222, 429 f., 430 f.
- Volonté de tous 5, 98, 135 f., 184, 216, 292, 351 f.
- Volonté générale (Gemeinwille) 5, 18, 38, 41, 50, 71, 96, 98, 106, 135, 136, 143, 167, 184, 216, 219, 292, 351 f., 434 f.
- Wahlen (GG)
 - Ausgleichsmandate 256–258, 379
 - Ausschuss für Wahlrechtsfragen 246 f., 250 f.
 - Chancengleichheit der Parteien s. unter Parteien (GG)
 - d’Hondt’sches Verfahren 249 f.
 - Direktmandate 252, 258 f., 261
 - Dreiparteiensystem 260, 379
 - Erfolgswert der Stimme 253 f., 256 f., 261
 - Grundmandatsklausel 252, 261

- Hare'sches Verfahren 249
 - Listenmandate 251, 256 f.
 - Mehrheitswahl(recht) 247–252, 254–257
 - negatives Stimmgewicht 257, 258
 - Persönlichkeitswahl 249, 252, 285
 - Sperrklausel, Fünfprozent- 223, 247 f., 250–252, 259–261, 266, 269, 379
 - Splitterparteien 247 f., 249, 259 f., 379
 - Überhangmandate 252, 256–258
 - Verhältniswahl(recht) 233, 236, 247–252, 254–258, 256, 283, 379
 - Verhältniswahl, personalisierte 248, 250–252, 379
 - Wahl(rechts)gleichheit, gleiche Wahl 224, 242, 252–261, 259–261, 265, 273, 291, 329, 354, 379
 - Wahlperiode, periodisch wiederkehrende Wahlen 329, 332 f.
 - Wahlsystem (und Wahlgleichheit) 223, 226, 228, 246 f., 249 f., 252–259, 266, 379
 - Zählwert der Stimme 253 f.
 - Zweitstimme 223, 251 f., 257, 259, 261
 - Zweitstimmenkampagne 252
- Wahlrecht
- aktives 88 f., 92, 98 f., 247, 243, 299, 342
 - allgemeines 10 f., 67, 92 f., 98, 129, 179, 218, 287, 342 f., 422, 435
 - geheimes 179, 184 f., 435
 - gleiches, Wahl(rechts)gleichheit 34, 98, 129, 179, 184, 218, 252–259, 261, 273, 342 f., 379, 391, 393, 395, 401 f., 409, 418 f., 427, 435, 438
 - indirektes 74
 - passives 88 f., 92, 98, 247, 299
- Wiener Schlussakte (Art. 57 WSA) 3, 36 f., 60, 96 f.

Personenregister¹

- Abendroth, W. 306 f., 313, 343 f.
Achenbach, J. v. 395, 402, 414
Adler, B. 11–17
Albrecht, W. E. 101
Alemann, U. v. 346 f.
Almendingen, L. H. v. 87 f., 97, 430
Alter, M. J. 171, 317
Althusius, Johannes 38
Andropow, Juri 331
Angermann, E. 65, 67, 91
Anschütz, G. 7, 64, 103 f., 117, 120 f.,
123 f., 127–129, 138, 144, 170–172,
179, 188 f., 191 f., 196, 215, 225, 255,
284, 295, 298, 300 f., 310
Anter, A. 146, 158 f.
Aretin, J. Ch. v. 45 f., 48 f., 58, 84, 96, 342
Aristoteles 7, 54, 104
Arndt, A. 103
Auer, A. 17 f., 23, 184, 349
Augstein, Jakob 440
Axer, P. 358
- Bachrach, P. 344 f.
Bäumlin, R. 24 f., 422
Baldus, M. 315, 337
Barley, K. 301
Bavaj, R. 142
Beaud, O. 411
Beck, Ludwig 231, 233, 236
Becker, E. 360
Becker, F. 358
Becker, Max 285
Benedikt XVI. 134
Bergsträßer, Ludwig 233
Bermbach, U. 47, 81, 83, 346, 347
Beseler, Georg 185
Best, W. 221
- Biagini, G. 9, 18, 26
Bieber, R. 413, 416
Biedermann, K. F. 61
Bilfinger, C. 127 f., 130
Binder, Julius 217
Bismarck, Otto v. 116, 185
Blanke, Th. 356, 360, 370
Blanqui, Louis-Auguste 3
Blickle, P. 11
Blum, Robert 41
Bluntschli, J. C. 14–16, 55, 62, 184,
186, 207, 342, 349
Bodin, J. 39, 41, 53 f., 70, 332, 432
Böckenförde, E. W. 24, 45, 60 f., 99,
112, 143, 227, 280, 320, 336 f., 339,
343, 348–355, 357–360, 372, 384,
391, 397, 399, 409 f., 413, 431, 434
Boerner, D. 358
Boldt, H. 35, 63 f., 105, 282
Bracher, Karl Dietrich 215
Brandt, H. 36, 45, 48, 53, 56, 67, 81,
83 f., 86 f., 94 f.
Brandt, Willy 240, 307
Brentano, H. v. 240, 262, 268
Breschnew, Leonid 331
Brill, Hermann Louis 303
Brohm, W. 361, 363
Brockmann, Johannes 269
Brosius-Gersdorf, F. 391
Brunhöber, B. 68, 77 f., 145, 339
Brunstäd, F. 106
Bryde, B.-O. 354, 358, 361
Bucher, Peter 226, 303
Büchner, Georg 56
Bülow, B. 225
Bugiel, K. 188, 199, 234, 237, 262,
264 f., 267, 377

¹ Die Namen der Herausgeber von Kommentaren und Sammelbänden wurden nicht aufgenommen.

- Bulla, E. 310, 323, 325 f.
 Burgi, M. 364
 Burke, E. 7, 75–77, 80
 Butzer, H. 364

 Calker, F. v. 161
 Callies, Ch. 392–394, 396 f., 401, 404, 408, 413
 Capitant, R. 182, 197 f., 203, 220, 441
 Caroni, M. 11, 29–31, 33
 Carré de Malberg, Raymond 117
 Castendiek, J. 358, 364
 Chapeaurouge, Paul de 305
 Cicero, Marcus Tullius 54
 Classen, Claus Dieter 404
 Clemens, Th. 358
 Collier, P. 341
 Collings, J. 227
 Constant, Benjamin 198
 Constantinesco, V. 412
 Conze, W. 35, 60, 129
 Cramer, Ph. 241 f., 244 f., 390 f., 414–417
 Cremer, W. 413 f.
 Cruger, Henry 75
 Currie, D.P. 325
 Czybulka, D. 356, 360, 370

 Dahl, R. A. 349
 Dahlmann, Friedrich Christoph 185
 Dambitsch, L. 102, 184, 185
 Dandurand, Pierre 108
 Dann, Ph. 388
 D'Argenson, R. L. 60
 Decker, F. 26, 441, 442
 Dehler, Thomas 240, 269, 285, 298
 Delolme, Jean Louis 72
 Denninger, E. 322, 326
 Dervede, C. 211, 218
 Dewey, J. 22
 Doemming, K.-B. v. 231
 Dohna, A. 165
 Dreher, E. 234
 Dreier, H. 137, 140, 151, 232, 244, 248, 262 f., 281, 283, 289, 297, 299, 302, 321, 324, 327–330, 333, 336, 339 f., 348, 377, 401, 408, 433
 Dreyer, M. 108
 Duso, G. 68 f., 146, 154, 178

 Eberhard, Fritz 305
 Ebert, Friedrich 130

 Ebsen, I. 262, 264, 365, 367 f.
 Eichenberger, Kurt 14, 23
 Elicker, M. 265
 Emde, E. Th. 355 f., 358, 361
 Enders, Chr. 336 f., 408
 Engelken, K. 263
 Engels, Friedrich 125
 Epiney, A. 390, 411 f.
 Erbtraut, Ph. 37 f.
 Eriksen, E. O. 407
 Estévez Araujo, J. A. 155
 Etzioni, Amitai 351
 Everling, U. 391, 395, 416, 417

 Fahlbusch, I. 359
 Faust, J. 343
 Favez, J.-C. 13
 Feldkamp, M. F. 246 f., 250
 Fetscher, I. 39, 71
 Fichte, J. G. 130
 Fichtmüller, C. P. 360
 Finck, Albert 285
 Flauss, J.-F. 412
 Fleiner, F. 17–20, 22, 24, 338
 Flessner, A. 333
 Forsthoff, E. 6, 225, 270, 272, 274, 276, 286, 288 f., 381, 424
 Fraenkel, E. 5, 74–77, 79, 84, 111, 186 f., 199, 229, 282, 291–293, 381, 383, 432
 Franco, Francisco 332
 Franzius, C. 404
 Freisler, Roland 217
 Freytagh-Loringhoven, A. v. 123
 Frick, Wilhelm 211
 Friedrich, M. 124, 165
 Fries, Hugo Friedrich 184
 Friesenhahn, E. 286, 289
 Fröbel, F. 41
 Fröbel, J. 37, 41–45, 60, 93 f., 96–98, 100, 119, 186, 421, 431
 Fromme, F. K. 172, 189, 234
 Frowein, Jochen Abr. 244
 Frotscher, W. 1, 81, 200, 214, 231, 243, 360
 Fuchs, R. 184
 Füßl, W. 35, 63

 Garric, Audrey 438
 Gassner, U. 370 f.
 Geiger, R. 391, 396

- Gentz, F. 36, 80f., 83f.
 Gerber, C. F. W. 64, 86, 100–102, 107,
 117, 119f.
 Gerber, E. 69, 74, 82, 147, 150–152,
 336, 342
 Gerlach, L. v. 51, 53, 67, 93
 Germann, M. 404
 Giacometti, Z. 22, 28
 Gierke, O. v. 38, 108–111, 120, 122,
 422
 Gneist, R. v. 108, 185, 359
 Goderbauer, G. 10, 35f., 61f., 80
 Goebbels, Josef 207, 239
 Göksu, T. 30–32
 Goerdeler, C. 231, 233, 236
 Goldschmidt, J. 138
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 332
 Grab, W. 42, 56, 127
 Grabowsky, A. 180
 Griffel, A. 29
 Grimm, D. 272, 286f., 290, 334, 381,
 388f., 391, 396, 399–401, 417, 419,
 420
 Groh, K. 71, 105, 127, 137, 161f., 179,
 181, 226, 278, 281
 Groß, Th. 364, 367f.
 Grosser, D. 51, 61
 Grotius, Hugo 50, 111
 Günther, F. 225, 344, 423
 Guggenberger, B. 373
 Guizot, Francois 58, 164
 Gusy, Chr. 69, 124, 171f., 189f., 200f.,
 277, 313, 318, 320, 328, 340

 Haack, St. 338
 Haberland, St. 132, 135, 328–330, 340
 Habermas, J. 44, 345, 392, 402f.
 Häberle, P. 326, 337
 Häfelin, U. 22
 Hällfig, G. 358
 Hänel, Albert 120
 Hänlein, A. 356, 358, 363, 365
 Häntzschel, K. 175f.
 Halberstam, D. 415–417
 Haller, C. L. v. 36, 52f., 67, 82
 Haller, M. 335
 Hamilton, A. 77, 79, 145
 Hammer, H. 207, 414
 Hank, Rainer 440
 Haratsch, A. 395
 Hartmann, B. J. 2, 265, 336, 438

 Hartmann, M. 404, 413
 Hartmann, V. 148, 151
 Hase, F. 359, 363, 368
 Hebeler, T. 364
 Heberlein, I. 365
 Heckel, J. 217, 225
 Heckmann, D. 241f.
 Hegel, G. W. F. 93, 351
 Heiland, Rudolf-Ernst 285
 Heining, A. 220
 Heller, H. 3, 23, 93, 124, 129, 137,
 141–143, 147, 158f., 179f., 183f.,
 202f., 338, 340f., 350, 398, 429
 Hendler, R. 360, 362
 Herdegen, Matthias 246
 Herrfahrtdt, H. 423
 Heß, R. 217
 Hesse, J. J. 417
 Hesse, K. 266, 270, 273f., 279, 286,
 289, 326, 352f., 424
 Heun, W. 124, 330, 334, 339, 343
 Heuschling, L. 4, 58, 397, 398
 Heuss, Theodor 235, 238f., 372
 Heydte, F. A. v. d. 306
 Heyen, E. V. 281
 Hidalgo, O. 40, 72, 81
 Himmler, Heinrich 220
 Hindenburg, Paul v. 197–199, 208, 239
 Hippel, E. v. 423
 Hitler, Adolf 200f., 207–210, 212–215,
 217, 221, 236, 239, 293, 437
 Hobbes, Thomas 38, 50, 54, 70, 84,
 134, 219
 Hoegner, Wilhelm 226
 Höhn, R. 220f., 225
 Hoffmann-Riem, W. 335
 Hofmann, H. 68, 70, 72f., 75f., 151,
 248, 262, 264f., 281, 283, 289, 327f.,
 330, 340, 348
 Hollin, F. 346
 Holzner, Th. 354, 357, 362, 366, 370
 Huba, H. 243
 Huber, E. R. 99, 104, 129, 130, 155,
 187, 207–209, 216f., 225, 274
 Huber, H. 14, 19, 23, 26
 Huber, P. M. 3, 245, 302, 337, 390–395,
 403–406, 408, 413f., 419, 436
 Hübner, Bernhard 108
 Hugenberg, Alfred 210
 Humboldt, Alexander v. 41
 Husserl, Edmund 148

- Ipsen, Jörn 271, 281
 Isensee, J. 235, 239, 243–245, 264, 337, 378, 416, 442
- Jacobi, E. 192 f., 225
 Jahrreiß, H. 230, 295 f., 334, 338
 Jarcke, Karl Ernst 36, 83
 Jarras, H. D. 335, 371
 Jay, John 77
 Jeand'Heur, B. 403
 Jefferson, Thomas 77
 Jellinek, G. 3, 48, 64, 74, 100, 103, 105, 113, 116–119, 121 f., 144, 149, 162 f., 203, 282, 284
 Jellinek, W. 160, 191 f., 215, 226, 247 f.
 Jeselsohn, S. 151
 Jestaedt, M. 299, 301, 335 f., 348, 356, 358, 360, 387, 415 f.
 Johann, C. 214
 Johnson, Boris 440
 Jung, O. 189, 199 f., 210–214, 235–241, 263 f.
- Kägi, W. 24 f.
 Kaisenberg, G. 194–196, 211
 Kaltenborn, M. 359, 364, 369
 Kant, I. 42, 47, 55, 80, 86, 89, 111, 134 f.
 Katz, Rudolf 235, 238, 304
 Kaufhold, A.-K. 227, 279
 Kaufmann, E. 61, 145 f., 296, 429 f.
 Kaufmann, M. 390, 396, 401, 414
 Kelsen, H. 3, 7, 23, 63, 106, 113, 118, 120, 122, 124–127, 131–135, 137, 139 f., 144, 156–158, 160–162, 166, 175, 179, 181, 185, 193 f., 197, 201–203, 219, 225, 263, 266, 282 f., 327 f., 331, 340 f., 349, 396, 408, 422, 426 f., 429, 431 f., 435 f.
 Kempfer, K. 226, 247
 Kendziora, J. 173, 177 f.
 Kersting, W. 41
 Kielmansegg, P. v. 37 f., 136
 Kimme, J. 68, 72
 Kingreen, Th. 362, 364
 Kirchgässer, G. 25, 30
 Kirchheimer, O. 135, 142, 173–178, 192 f., 202, 204, 310, 327
 Kirn, Michael 243–245, 302
 Kirsch, M. 99
 Kirste, St. 404
 Klatt, M. 194, 196
- Kley, A. 13, 28, 30, 370, 404
 Kloepfer, M. 242 f.
 Klüber, J. L. 46, 59, 63, 82, 114
 Kluth, W. 391, 402, 408
 Koch, R. 42
 Koch-Cassel, Erich 193
 Koellreutter, O. 165 f., 174, 176, 182, 207, 217 f., 225, 234 f., 267, 372
 Kölz, A. 10, 13, 15, 17
 Koenig, Ch. 395, 414
 Köttgen, A. 145
 Kohl, Helmut 287
 Kolb, G. F. 81, 83
 Koller, P. 134
 Kommers, D. P. 326
 Komorowski, A. v. 341, 393, 396, 398
 Korb, A.-J. 133 f., 139
 Koriioth, St. 142, 331, 339, 396
 Kraft-Fuchs, M. 130
 Kriele, M. 235
 Krüger, H. 225
 Krug, W. T. 86, 93, 98, 430
 Künzli, A. 346 f.
 Kunig, Ph. 270 f., 276 f., 310, 312 f.
- Laband, P. 62 f., 101–109, 112–117, 119 f., 122, 160, 255, 283, 422, 430
 Lameyer, J. 295, 307 f., 321, 323
 Lammers, Hans Heinrich 217
 Lamprecht, O. 2
 Laun, R. 423
 Lautenbach, Manegold v. 38
 Le Bouedec, N. 162
 Lederer, E. 267
 Le Divellec, A. 190, 197
 Leggewie, C. 308, 314, 316, 324
 Lehr, Robert 285
 Leibholz, G. 69, 119, 127, 129 f., 132, 138, 142 f., 145–147, 149–153, 167–169, 179, 181–183, 201–204, 225, 227 f., 248, 266 f., 270, 272–280, 282, 286–289, 325, 342, 380 f., 422, 425 f., 430, 433, 437
 Leites, N. 135, 192 f.
 Lensing, Lambert 233
 Lepsius, O. 157, 335, 370, 409
 Leusser, C. 325
 Ley, I. 340, 400
 Lichdi, J. 314, 316, 324
 Liermann, H. 191
 Lincoln, Abraham 4

- Linder, W. 13 f., 26
 Lindgren, W. E. v. 102
 Lipinski, U. 262–264
 Lipphardt, H.-R. 273–275
 Litt, Theodor 148
 Locke, John 38, 50
 Lösch, A.-M. v. 220
 Löwenstein, Karl 168
 Lübbe, H. 127, 406
 Lübbe-Wolff, G. 172, 189 f., 239, 339,
 350, 392–395, 399, 405, 410
 Lukas, J. 112 f.
 Luthardt, W. 26
 Luther, Martin 70
- Machiavelli 54 f.
 Macron, Emmanuel 438
 Madison, J. 77–80, 145, 293
 Maier, Hans 55 f., 59, 60
 Mangoldt, H. v. 224, 233 f., 237 f.
 Mannheim, K. 295
 Mantl, W. 148, 151, 167, 345
 Marsilius von Padua 38
 Marx, Karl 56, 125, 348
 Maschke, G. 52
 Maunz, Th. 225
 Maurer, H. 172, 304, 307 f., 317
 May, Theresa 267
 Mayer-Tasch, P. C. 345
 Mehring, R. 147
 Meier, Christian 54
 Meier, Horst 171, 174, 178, 305 f., 308,
 310 f., 313–316, 324, 426
 Meiklejohn, Alexander 326
 Meinel, F. 227
 Menzel, A. 38, 134
 Métall, R. A. 125
 Metternich, Klemens Wenzel Lothar v. 82
 Meyer, Georg 117, 120 f., 183, 255
 Meyer, Hans 227, 234 f., 238, 240, 246,
 248–250, 252–259, 261–263, 265 f.,
 377, 431 f.
 Michels, R. 166
 Mill, J. St. 107, 185, 341
 Miller, R. A. 326
 Mirabeau, Marquis de 179, 249
 Möllers, Chr. 135, 320, 339 f., 406,
 408 f., 415–418, 426
 Möstl, M. 20, 194, 376–378
 Mohl, R. v. 65–67, 90–92, 97 f., 116,
 139, 185, 431
- Montesquieu, Ch. L. 42, 72, 115
 Morlok, M. 253, 256, 258, 260 f., 270,
 275 f., 280, 316, 320, 324
 Morstein Marx, F. 169 f., 283 f.
 Müller, Christoph 108, 151 f., 282 f.,
 288
 Müller, Friedrich 326 f., 360
 Müller, Jörg Paul 21–23
 Müller, Markus 19
 Münkler, H. 418, 436, 438
 Murhard, F. 37, 48–50, 96, 418
 Murphy, W. F. 326
 Murswiek, Dietrich 404
 Mußgnug, R. 231, 243
- Naumann, F. 125, 164, 270, 286
 Nawiasky, H. 198, 226, 228, 231 f.,
 240 f., 290 f., 298, 325, 381, 424
 Neidhardt, L. 26 f.
 Nettesheim, M. 393, 396 f., 404 f.
 Neumann, F. 142, 202
 Neumann, P. 2, 238, 266, 373 f., 377
 Neumann, V. 218–220, 274, 294, 296,
 298, 324, 344, 357–359, 363, 365,
 369, 375, 411
 Nicolai, H. 207 f., 210, 212, 217
 Nicolaus v. Cues 70
 Noack, E. 215
- Obst, C.-H. 223, 262 f.
 Oertzen, P. v. 66, 112
 Oeter, St. 408
 Offe, C. 328–330
 Ooyen, R. Chr. V. 300, 340, 416
 Ossenbühl, F. 358
 Ottmann, H. 46, 75 f., 80, 82
 Otto, M. 162, 165, 225
- Paine, Thomas 73
 Papen, Franz v. 210
 Pasquier, E. 197
 Pasquino, P. 141
 Patzelt, W. 351, 441
 Paulson, St. L. 136
 Pauly, W. 65, 101, 107, 126, 162 f., 191,
 225
 Pechstein, M. 395, 414
 Pestalozza, Chr. v. 2, 201, 265, 348,
 376 f., 440, 442
 Peters, H. 226, 230, 294 f., 300, 333 f.,
 343, 424

- Pfeiffer, Anton 233
 Pfundtner, Hans 211
 Pieroth, B. 1, 81, 200, 214, 231, 243,
 253, 264 f., 275, 280, 320
 Pistorius, Th. 169
 Plantholz, M. 355, 361, 363
 Platon 7, 54, 104
 Plessner, H. 421
 Podlech, A. 68, 70–72, 75, 84, 87 f.
 Poetzsch-Heffter, F. 194, 211
 Pohl, H. 179, 183
 Pollmann, H. 148, 152
 Popitz, Johannes 211
 Poscher, R. 162, 235, 247, 249–251,
 259, 393, 404
 Preuß, H. 103 f., 108–111, 117,
 122–124, 126–128, 131 f., 141,
 159–161, 164, 178, 180, 187–190,
 194, 203, 218, 231, 301, 310, 360,
 384, 421, 433 f.
 Preuß, U. K. 270 f., 276, 289, 322, 327
 Prévost-Paradol, Lucien-Anatole 179

 Quaritsch, H. 38 f., 53

 Radbruch, G. 125, 135, 155, 161 f., 183,
 201, 203, 268, 272, 324, 432
 Rammstedt, O. 345
 Rath, H.-D. 129 f., 179
 Rausch, H. 69
 Redelberger, O. 214
 Redslob, R. 40, 71 f., 74, 190
 Reimann, H. L. 54
 Reinhard, W. 80
 Renner, Karl 125
 Reybrouck, D. v. 4, 405
 Rhinow, R. A. 17, 19–21, 23–28, 32
 Richter, L. 359
 Ridder, H. 278, 304, 306–309, 313, 323
 Rieker, K. 105, 119–122, 430
 Riethmüller, J. 2, 421
 Rincken, A. 2, 361, 374 f.
 Ritterbusch, P. 219 f.
 Rittinghausen, Moritz 186
 Röhl, H. Chr. 151
 Röhl, K. F. 151
 Rönne, L. v. 62 f.
 Rohlfs, A. O. 224
 Rosenbach, Harald 246 f., 250
 Roßnagel, A. 348
 Roters, D. 363, 368 f.
 Rotteck, K. v. 37, 46–48, 56–59, 61, 64,
 83 f., 88–92, 96–98, 100 f., 116, 332,
 342, 421
 Rottmann, J. 242
 Rousseau, J.-J. 1, 5, 7, 18 f., 37–42, 45,
 47, 49 f., 52, 56, 71 f., 74, 91, 96, 98,
 105–107, 117, 134–137, 142, 163,
 165, 184, 202, 216, 219, 221, 292 f.,
 332, 348, 352, 384, 408, 427, 434
 Rouvillois, F. 398
 Royer Collard, Pierre-Paul 58
 Rühl, K. 176
 Rühl, U. F. H. 282 f.
 Ruffert, M. 389 f., 396, 404, 406 f.
 Ruge, Arnold 42
 Ruhrmann, H. W. 306
 Rux, J. 236–238, 377

 Saage, R. 89
 Sachs, M. 320
 Sartori, G. 4
 Schäuble, Wolfgang 258
 Scharpf, F. 346 f., 349, 392 f., 399 f.,
 403, 420
 Scheer, Hermann 268
 Schefer, M. 22, 26, 28
 Schefold, D. 14–16, 24, 108 f., 124, 127,
 153, 169, 185, 189, 272, 349
 Scheler, Max 148
 Schenzer, H. 208, 210 f., 214, 217 f.
 Scheurman, W. 142
 Scheuner, U. 207, 210, 219, 225
 Schiller, Friedrich 408
 Schirmer, H. D. 358
 Schlaich, K. 331
 Schlee, Th. 77–79
 Schlink, B. 124, 227, 322, 324, 331, 373
 Schmelzing, J. 80
 Schmid, Carlo 223, 233, 240 f., 262,
 269, 298–300
 Schmidt, Th. 175
 Schmidt-Aßmann, E. 192, 353, 355 f.,
 360, 364, 367
 Schmidt-De Caluwe, R. 357, 365, 368
 Schmidt-Jortzig, E. 242
 Schmitt, C. 3, 54 f., 61, 79, 90 f., 110 f.,
 121, 126–128, 130–139, 142–152,
 154 f., 162–164, 167 f., 171–173,
 175–177, 179, 182–186, 188,
 191–193, 195–198, 201–204, 208 f.,
 211 f., 214 f., 217–219, 225, 239,

- 243, 265, 274, 288, 292–294, 296,
298–300, 325, 327, 331, 341, 398,
409, 411, 423 f., 430, 432, 436, 438
- Schnapp, F. E. 264, 334, 358, 360, 362,
366, 369
- Schönberger, Chr. 103, 108, 112, 115,
117 f.
- Scholz, F. 149
- Schücking, Walter 219
- Schüle, Chr. 141
- Schuler-Harms, M. 2, 377 f.
- Schulz, Wilhelm 37, 56 f., 97, 342, 421
- Schulze, Hermann 63 f., 100, 103–105,
111–114, 116, 137
- Schulze, Winfried 61
- Schulze-Fielitz, Helmuth 371
- Schumpeter, J. A. 179, 352, 435
- Schwalber, Josef 285, 305
- Schwarz, M. 390 f.
- Schwarze, J. 391, 395, 416
- Schwieger, Chr. 187 f., 191, 194, 199,
201, 210–214, 218, 234, 236–238,
291, 373 f., 377
- Scybok, P. 30–32
- Seckendorff, F. B. v. 84–86, 97, 430
- Seeringer, St. 363
- Seifert, K. H. 171 f., 307
- Selbert, Elisabeth 268, 284 f., 303
- Severing, Carl 175
- Seydel, M. v. 114, 156
- Siebke, M.-M. 403, 409 f.
- Siehr, A. 146, 148, 266
- Sieyès, E.-J. 1, 7, 72–74, 93, 105
- Simon, S. 395, 415
- Simonde de Sismondi, Jean Charles Leo-
nard 67
- Simson, W. v. 397
- Smend, R. 3, 143, 147, 149 f., 164, 180,
183, 202, 341
- Snell, W. 15
- Soergel, W. 231 f.
- Somek, Alexander 404
- Sonnenberg, W. 359
- Spiecker, C. 268
- Stahl, F. J. 36, 50–52, 59, 61–65, 67,
83 f., 92 f., 96, 98, 100 f., 122, 165,
202, 421, 430
- Stauffenberg, Claus Schenk Graf v. 210
- Steffani, W. 75 f.
- Stein, K. 171 f.
- Stein, T. 373
- Stein, Freiherr v. 109
- Steinberger, H. 324–326, 425
- Stern, K. 325 f.
- Stier-Somlo, F. 145
- Stolleis, M. 35 f., 45–48, 52, 67, 80,
101, 103, 124, 210, 214, 224, 226,
230, 268, 270, 271 f., 280, 290, 421,
423–425
- Storost, U. 241, 244
- Strauß, Walter 284
- Strelen, Karl-Ludwig 251 f., 256–258,
261
- Suhr, Otto 300, 304
- Suter, A. 11 f., 15
- Talleyrand (-Périgord), Charles-Maurice
de 74
- Tatarin-Tarnheyden, E. 86, 130, 145,
151, 180, 284
- Taylan, M. 29
- Terhechte, J. Ph. 264, 387, 390, 405, 416
- Tertullian von Karthago 69 f.
- Thatcher, Margret 405
- Thilo, L. 48
- Thoma, R. 7, 126, 129 f., 137 f., 140,
144, 161, 164 f., 179, 191 f., 201–203,
218, 226, 235, 248–251, 260, 287,
294 f., 298, 325, 330 f., 333, 336, 338,
342 f., 379, 393, 422, 424, 426 f.
- Thomas v. Aquin 70
- Tiedtke, A. 388, 391, 393, 395 f., 402
- Triepel, H. 138, 165–168, 182, 188,
194–196, 203, 207, 225, 268, 283,
288, 298, 310
- Trott zu Solz, L. v. 226
- Trute, H.-H. 360–362, 364
- Tschannen, P. 28 f.
- Tschentscher, Axel 404
- Tschernenkow, Konstantin 331
- Uhde, G. 210, 214, 218
- Ule, C. H. 211
- Uppendahl, H. 345 f., 351
- Vatter, A. 9, 27, 31 f.
- Vedel, G. 397 f.
- Veuillot, Louis 324
- Vießmann, Th. 364 f., 369
- Vilmar, F. 346
- Voigt, R. 151, 342, 350, 352, 418, 440
- Volkman, U. 277, 405

- Vollgraff, Karl Friedrich 36, 83
 Voßkuhle, Andreas 319
- Wagner, Friedrich Wilhelm 269
 Wahl, A. 364
 Wahl, R. 99, 391, 411
 Waldhoff, Chr. 319f., 370
 Weber, M. 126, 153, 164, 187, 190, 249
 Weber, W. 234, 345, 423
 Wegge, G. 39, 73, 127, 233, 256, 300
 Weiler, J. H. H. 388, 400
 Welcker, C. 37, 46f., 56, 82–84, 96,
 111, 421
 Wende, P. 37, 42f., 94f.
 Wendenburg, H. 148
 Wenner, U. 248, 251, 259, 260
 Wenzel, U. 3
 Werner, Wolfram 226
 Wickli, B. 12, 16f.
 Wiegand, Chr. 93
 Wiegand, H.-J. 186f., 189, 194f., 211,
 214, 231–234, 236f., 337
- Wiegandt, M. A. 58, 60f., 78, 167f.,
 183, 225, 266f., 278, 287f.
 Wieland, J. 389
 Willms, G. 319, 325f.
 Wimmer, R. 359
 Wirz, Theodor 13
 Wittmayer, L. 125
 Wittreck, F. 262, 377
 Wohlgemuth, H. 139
 Wolff, Christian 2
 Wolff, H. J. 152
 Wolzendorff, K. 63
- Zabel, B. 337
 Zachariä, K. S. 60
 Zacharias, D. 299f., 302
 Zehnpfennig, B. 77–79
 Zinn, Georg August 269
 Zirn, A. 310
 Zoepfl, H. 35, 63f., 100, 104, 114
 Zuleeg, M. 388, 395, 408
 Zwingli, Ulrich 70